

**Das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog
und der Wiener Wirtschaftskreis**

laden zum Vortrag von

Herbert Walther
Neoliberale Utopie und Wirklichkeit

Begrüßung: **Günther Robol**

Einleitende Worte: **Kurt Rothschild**

Moderation: **Ursula Schneider**

Montag | 20. Juni 2005 | 19.00 h

Der Wiener Wirtschaftskreis stellt Fragen und stellt sich vor

Der Wiener Wirtschaftskreis ist eine Gruppe von Wissenschaftlern, Wirtschaftsfachleuten, Unternehmern und Medienvertretern, die sich mit gegenwärtigen globalen nationalökonomischen und betriebswirtschaftlichen Tendenzen befassen. Schwerpunkt ihrer Überlegungen bilden die seit einigen Jahren festzustellenden krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklungen, insbesondere auf Arbeits- und Finanzmärkten. Trotz des Strebens nach hohem Wirtschaftswachstum, zunehmender Ressourcenverschwendung und steigenden ökologischen Belastungen ist die Arbeitslosigkeit gestiegen und die erhoffte Wohlstandssteigerung für die Mehrheit der Weltbevölkerung, auch in den so genannten entwickelten Ländern, ausgeblieben.

Ziel des Wiener Wirtschaftskreises ist es, auf Gefahren dieser offensichtlichen wirtschaftlichen Fehlentwicklungen hinzuweisen und die Diskussion um Lösungsalternativen voranzutreiben. Er versteht sich als Lobby für eine europäische Wirtschaftskultur. Anzustreben ist nachhaltiges Wirtschaften im Dienste der Menschen und der Gesellschaft.

Günther Robol

Wirtschaftsprüfer und Gründungsmitglied des Wiener Wirtschaftskreises

Kurt Rothschild

Konsulent am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung

Ursula Schneider

Leiterin des Instituts für Internationales Management an der Universität Graz

Herbert Walther

Leiter der Abteilung für Arbeitsmarkttheorie und –politik an der Wirtschaftsuniversität Wien

Aktuelle Grundsatzfragen des Wiener Wirtschaftskreises

Die Anzeichen von wirtschaftlichen Krisenerscheinungen mehren sich in den letzten Jahren. Trotz intensiver Bemühungen scheint eine Lösung der Probleme nicht in Sicht. Skepsis gegenüber den derzeit üblichen Antworten beginnt sich quer über alle Parteigrenzen zu regen. Der Wiener Wirtschaftskreis ist überzeugt, dass es notwendig ist, in einen ernsthaften Diskussionsprozess einzusteigen, um Wege zur Lösung unserer aktuellen Probleme aufzeigen zu können und die folgenden in der öffentlichen Diskussion scheinbar unbestrittenen Dogmen grundsätzlich in Frage zu stellen.

Ist es wirklich richtig,

- dass man eine Volkswirtschaft wie ein Unternehmen führen kann
- dass das Eigeninteresse von Unternehmen und Haushalten ausreicht, um Wohlstand für alle zu erreichen
- dass Sparen eine notwendige Voraussetzung zur Steigerung des volkswirtschaftlichen Wohlstandes ist
- dass unsere Pensionen durch Kapitaldeckung besser gesichert werden können
 - dass man die Arbeitslosigkeit dadurch bekämpfen kann, indem man die Lohnkosten senkt und die Arbeitszeit erhöht
- dass die Erhöhung der Unternehmens- und der Kapitalgewinne Wachstum und Wohlstand für alle bringt
- dass das Verteilungsproblem und die Finanzierung des Sozialstaates nur durch noch mehr Wachstum gelöst werden kann
- dass die ökologischen Probleme nur durch noch mehr Wachstum zu lösen sind
- dass die Liberalisierung und freier Handel zu weltweitem Ausgleich von Profit und Einkommen führen
- dass eine generelle Deregulierung immer dazu führt, dass die Märkte besser funktionieren
 - dass der Wegfall staatlicher Eingriffe die Wohlfahrt und die positive Entwicklung der Wirtschaft begünstigt
- dass sich die Europäische Zentralbank anders als andere Zentralbanken ausschließlich am Ziel der Preisstabilität zu orientieren hat

Mitglieder des Wiener Wirtschaftskreises sind:

Prof. Leonhard Bauer	Prof. Stefan Schleicher
Dr. Erhard Glötzl	Prof. Ursula Schneider
Mag. Alois Guger	Dr. Rudolf Scholten
Dkfm. Ferdinand Lacina	Dr. Stefan Schulmeister
Prof. Kazimierz Laski	Christian Wabl
Dr. Herbert Rauch	Prof. Herbert Walther
Dkfm. Günther Robol	Dr. Peter Wolf
Prof. Kurt Rothschild	

Rudolf Scholten

Der Wiener Wirtschaftskreis ist eine Gruppe von Menschen, die – ich bin vor einigen Monaten dazu gestoßen und insofern kann ich das nur aus meiner eigenen Wahrnehmung sagen – sich vorgenommen haben, der enorm simplifizierenden und die wirtschaftlichen Themen unserer Zeit auf scheinbar sehr einfache Nenner reduzierenden Strategie zu widersprechen. Sie werden von Herrn Robol dann mehr über den Wiener Wirtschaftskreis hören, auch mehr über die Teilnehmer des heutigen Abends. Insofern möchte ich mich darauf beschränken, meine eigene Wahrnehmung kurz zu beschreiben. Ich denke, dass es ein enorm wichtiges Ziel unserer Tage ist – und man muss fairer Weise dazu sagen, dass die Arbeit des Wiener Wirtschaftskreises lang vor den Heuschrecken von Müntefering begonnen hat - , diesen Vereinfachungen ein plausibles, ein glaubwürdiges und vor allem auch ein ökonomisch richtiges Gegenbild entgegen zu halten. Allein, wenn Sie bedenken, wie viel unter dieser Vereinfachung Nulldefizit an Unheil geschehen ist, eines doch sehr fragwürdigen Ziels wegen, dass dann letztlich auch überhaupt keinen Unterschied mehr gemacht hat, in welcher Form und auf welchem Weg es erreicht wird, daran ist schon erkennbar, dass unter diesen Clichés sehr viel Unheil geschieht. Ich glaube, dass wir auf dem Weg – und das würde ich für dieses Haus gerne bei aller Überparteilichkeit etablieren – auch insgesamt diesen zeitgeistigen Simplifizierungen widersprechen sollten. Mir ist in Erinnerung ein Interview mit einer Vorarlberger Schriftstellerin, die gefragt wurde, wie sie sich denn als erfolgreiche Schriftstellerin fühlt, nachdem eine ihrer Arbeiten bei den Wiener Festwochen aufgeführt wurde. Sie sagte, es ist eigenartig, früher hätte man gesagt, sie ist kritisch oder sie ist schwierig oder sie ist in irgendeiner Form aufmüpfig, das würde heute niemand mehr sagen, sondern heute ist man geadelt, indem es heißt erfolgreich. Und erfolgreich ist eigentlich dann auch bei Autoren und Autorinnen gleich gesetzt mit dem, was man beim Fernsehen Quotendenken nennt. Also eine Autorin, die vielleicht Wichtiges und Kritisches und Unhöfliches schreibt, aber nicht in diesem Quotenspiel erfolgreich ist, geht dann rasch unter. Solche Beispiele könnte man noch viele anfügen. Aber ich glaube, dass es gefährlich ist, wenn wir uns zufrieden geben, diese einfachen Bilder vor uns zu sehen und letztlich, auch wenn das einem widerstrebt, dann irgendwann einmal das schon partiell oder ganz zu übernehmen. Insofern ist diese Arbeit des Wiener Wirtschaftskreises enorm wichtig. Und ich bin sehr froh, dass an einem Tag, wo alle Prognosen dahin gegangen sind, dass es schwer ist, für eine Diskussion auch ein Publikum zu finden, wir uns in dieser schönen und guten Versammlung diesem Thema widmen können. Ich heiße Sie nochmals sehr herzlich willkommen und darf an Herrn Robol übergeben, der Ihnen all das, was ich jetzt bruchstückhaft gesagt habe, komplett und genauer und hoffentlich nicht mir widersprechend beschreiben wird. Danke sehr.

Günther Robol

Danke schön, Herr Dr. Scholten. Ich sehe eigentlich noch keinen Grund für einen Widerspruch. Viel Neues, was den Wiener Wirtschaftskreis betrifft, werde ich Ihnen nicht sagen können. Ich begrüße Sie nochmals recht herzlich, meine Damen und Herren, zu dem heutigen Abend. Wir wollen diskutieren. Wir werden zwar ein Impulsreferat hören, aber es soll nachher diskutiert werden. Wir haben der Einladung eine Beilage zugefügt, in der Fragen, die wir uns als Wiener Wirtschaftskreis gestellt haben, angeführt sind. Wer ist der Wiener Wirtschaftskreis? Es ist auch schon erwähnt worden, wir hatten uns Anfang 2001 als Gruppe von Wissenschaftlern, Unternehmern, Freiberuflern zusammengefunden. Uns hat verbunden die Sorge über die wirtschaftliche Entwicklung. Wir waren nicht nur verunsichert, sondern wir waren fast sicher, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht in eine richtige Richtung geht. Oder wir haben den Eindruck zumindest gemeinsam gehabt, dass wir zunehmend mit wirtschaftlichen Problemen oder besser gesagt, dass wir mit zunehmenden Problemen im wirtschaftlichen Bereich konfrontiert sind. Wir waren überzeugt, dass etwas schief läuft. Wir

haben uns gefragt, was läuft schief, was könnte das sein? Wir haben natürlich auch fest gestellt, dass die gängigen Antworten, die man so gehört hat, eigentlich keine Lösung bringen und auch keine Antwort auf unsere Fragen sind. Wir haben nicht verstanden und es konnte uns niemand beantworten, weshalb bei einer Verdoppelung des volkswirtschaftlichen Wohlstandes, also des Bruttosozialprodukts, in den letzten 30 Jahren im Grunde genommen die Armut in Österreich massiv zugenommen hat. Wie gibt es das? Und ähnliche Fragen mehr. Wir haben in unseren Diskussionen mit Vertretern der gängigen oder der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik feststellen müssen, dass ihre Ideen über die Funktionsweise der Wirtschaft in eine Richtung gehen, dass die Wirtschaft so etwas ähnliches ist wie ein Naturgesetz oder nach Naturgesetzen funktioniert, naturgesetzliche Regeln hat. Und diese Regeln sind nun erkannt. Wir haben jetzt sozusagen das Ende der Wirtschaftswissenschaften, weil jetzt wissen wir, wie es funktioniert. Daher sind alle diese Regeln, die jetzt erkannt sind, fixe Wahrheiten, feste Wahrheiten. Es ist eben so und nicht anders. Und diese Regeln müssen eben auch nicht hinterfragt werden oder bedürfen keiner besonderen Begründung. Es ist eben so. Und wer das nicht versteht, muss noch informiert werden, oder er muss sich selbst informieren, oder er wird es nie begreifen oder nie verstehen. Wir haben fest gestellt, dass eigentlich das, was früher – zumindest ich kann mich noch erinnern – während meines Studiums der Betriebswirtschaftslehre, in einem Nebenfach der Volkswirtschaftslehre hat man die Dogmengeschichte studiert und die hat man diskutiert. Hier hat man Vorteile, Nachteile, hier hat man Thesen oder Theorien besprochen, behandelt: Und niemand wäre auf die Idee gekommen, irgend eine volkswirtschaftliche Lehrmeinung als die letzte Wahrheit zu bezeichnen. Heute haben wir den Eindruck, heute ist es so. Es werden diese so genannten erkannten naturgesetzlichen Wahrheiten in der Wirtschaft als Dogmen vertreten. Sie werden nicht mehr hinterfragt. Es ist völlig klar, dass z.B. die Arbeitslosigkeit eine Folge ist, weil wir zu wenig arbeiten, weil wir zu hohe Löhne haben. Die müssen eben herab gesetzt werden. Es müssen die Sozialtransferleistungen gekürzt werden. Wir können uns das alles nicht mehr leisten. Noch einmal, der volkswirtschaftliche Wohlstand im Sinne von Produkten und Dienstleistungen ausgedrückt im Bruttosozialprodukt hat sich verdoppelt, aber anscheinend müssen wir den Gürtel enger schnallen, wir müssen plötzlich sparen, wir können uns nichts mehr leisten und wir sollen mehr arbeiten, schneller arbeiten und für weniger Lohn arbeiten. Und dann würde schon alles wieder in Ordnung sein. Es wird nicht hinterfragt, ob nun vielleicht die Maßnahmen oder die gegenwärtige Politik möglicherweise nicht ganz stimmig ist oder nicht ganz stimmt, sondern die Politik ist schon richtig. Wenn es eben Effekte gibt oder wenn es eben nicht funktioniert, dann ist das nur das Ergebnis, dass wir eben zu wenig konsequent in der Liberalisierung, Privatisierung und Flexibilisierung, oder wie alle diese Schlagworte heißen, vorgehen. Zu wenig konsequent. Aber ob das möglicherweise ein systemisches Defizit ist, diese Frage darf gar nicht gestellt werden.

Ich möchte Ihnen noch ein Beispiel geben, dass mir erst kürzlich in einer Zeitungsmeldung untergekommen ist und zwar im kürzlich erschienen World Wealth Report, dem Bericht über die reichsten Leute auf der Welt. Damit sind jene gemeint, die ein Barvermögen von über einer Million Dollar haben. Das sind interessanterweise genau so viel Leute, wie Österreich Einwohner hat. Diese acht Millionen Menschen haben ein Finanzvermögen, ein Barvermögen, ein Geldvermögen von ca 30,8 Billionen Dollar. Diese Zahl entspricht ungefähr dem weltweiten Bruttosozialprodukt. Das Wachstum dieses Geldvermögens 2004 war etwas über 8%. Die Experten nehmen an – und diese Mitteilung konnte man in diesem Bericht lesen -, dass erwartet wird, dass bis zum Jahr 2009, also in den nächsten fünf Jahren, dieses Geldvermögen sich von den 30 Billionen auf 42 Billionen erhöht. Das sind also in fünf Jahren 12 Billionen Dollar. Nun wenn wir annehmen, dass die Weltwirtschaft in den nächsten fünf Jahren jährlich rund 4% wächst, also sagen wir einmal insgesamt 20%, dann wächst die Realwirtschaft um 6 Billionen Dollar. Wenn nun das Geldvermögen, das bekanntlich wächst

nicht aus Arbeit und auch nicht in den Banken, um 12 Billionen wächst, dann muss ja die Differenz irgendwo herkommen. Aus dem Wirtschaftswachstum kann es bekanntlich nicht kommen. Also wir können das offen lassen. Sie können sich vorstellen, welche Meinung ich dazu habe, woher das Geld kommen muss. Und das wird halt zunehmend in der Zukunft zu weiteren Schwierigkeiten führen, zu Sparmaßnahmen führen, zu mehr Arbeit führen, müssen wir halt schauen, dass wir dieses Geld verdienen für die Geldvermögensbesitzer.

Ein aktueller Anlass ist natürlich heute auch noch gegeben. Ich denke jetzt an die EU. Ich denke an die Volksabstimmungen. Und nach einer Schrecksekunde haben die Journalisten sehr wohl erkannt, dass das natürlich weder eine Europafeindlichkeit ist, noch sind das Neokommunisten in Frankreich, noch sind das Sozialromantiker, und schon gar nicht sind es Leute, die gegen die Marktwirtschaft sind. Sondern heute lesen Sie auch mehr und mehr im Gegensatz zu den ersten Kommentaren, dass die Journalisten sehr wohl erkennen, dass einfach eine gewisse Unsicherheit ausgehend aus der wirtschaftlichen Entwicklung sich breit gemacht hat in der Bevölkerung. Und nachdem die Bevölkerung eigentlich keine Alternative mehr hat, weil sämtliche Parteien aus allen Richtungen eine neoliberale Wirtschaftspolitik vertreten, haben sie diese Möglichkeit oder diese Chance ergriffen, einmal sich artikulieren zu können, dagegen zu sein. Die Menschen fragen sich, erfüllt die neoliberale Wirtschaftspolitik die Versprechen, die man uns vor 20 Jahren gemacht hat, oder erfüllt sie sie nicht, funktioniert es eben nicht? Sie fragen sich, wollen wir so leben in einer share-holder-value Gesellschaft, wollen wir eigentlich eine soziale Gesellschaft haben, eine kooperative Gesellschaft haben, die mit einander lebt, oder wollen wir eine Wettbewerbsgesellschaft um jeden Preis haben à la USA?

Damit sind wir beim heutigen Thema. Herr Professor Walther wird sich in seinem Referat mit dem Thema neoliberale Utopie und Wirklichkeit befassen. Was hat uns das neoliberale Wirtschaftssystem versprochen? Wie sieht die Wirklichkeit aus? Ich lade Sie ein, dass wir dann anschließend darüber diskutieren, selbstverständlich auch über Fragen, die wir uns selbst gestellt haben. Ist Sparen unbedingt erforderlich, um den volkswirtschaftlichen Wohlstand zu erhöhen? Oder sind unsere Pensionen eben nur durch ein Kapitaldeckungsverfahren gesichert und nicht durch ein Umlageverfahren? Ein Thema, über das ich sehr gerne diskutieren würde.

Zum Schluss noch eine organisatorische Anmerkung. Wir haben diese Anordnung der Sitze bewusst so gemacht in einem Bogen, obwohl es dadurch für manche von Ihnen etwas schwierig sein wird, die Folien zu lesen. Aber wir haben gedacht, wenn wir theatersaalmäßig bestuhlen, dann ist die Diskussion vielleicht nicht so leicht. Also die Kommunikation ist wahrscheinlich vorteilhafter. Ich bitte Sie, wer immer die Folie nicht lesen kann, das zu entschuldigen. Ich gehe auch davon aus, dass Professor Walther die Folien auch erläutern wird.

In diesem Sinne recht herzlichen Dank, dass Sie so zahlreich gekommen sind zu unserer ersten Veranstaltung des Wiener Wirtschaftskreises. Wir haben bis jetzt nur intern Diskussionen geführt, verschiedene Themen aufgeworfen. Noch einmal: wir sind auch nicht so arrogant oder so vermessen, dass wir glauben, wir hätten die Lösung. Das haben wir sicherlich nicht oder noch nicht. Aber zumindest wollen wir Fragen stellen. Wir glauben, dass, wenn es erlaubt ist, Phänomene, Entwicklungen in Frage zu stellen, ist das der erste Ansatz, bei Fehlentwicklungen eine Besserung zu erzielen. Darf ich nun Frau Professor Ursula Schneider bitten, die Moderation zu übernehmen.

Ursula Schneider

Auch von mir einen schönen guten Abend, meine Damen und Herren. Ich habe die Freude, Sie durch den heutigen Abend zu geleiten, der ganz mit Diskussionen angereichert sein soll nach dem Motto des Wiener Wirtschaftskreises, nämlich den Dingen wirklich auf den Grund zu gehen. Wir wissen das ja aus der Landwirtschaft, Monokulturen sind schädlich. Und geistige Monokulturen erscheinen uns besonders schädlich. Wir haben auch festgestellt, dass in anderen Staaten, z.B. in den USA, die Ökonomen durchaus einen eigenständigen Beitrag zur wirtschaftspolitischen Diskussion leisten, und haben uns gedacht, das wäre vielleicht auch in Österreich erforderlich und haben uns zum gemeinsamen Denken zusammengefunden. Ich denke, dass eine Betrachtung aus mehreren Perspektiven erst jene Substanz und jene Menge an Gedanken liefert, die in Auseinandersetzung mit anderen Ideen dann einen Weg für die Zukunft ermöglicht.

Jetzt habe ich die Freude, Ihnen jemanden vorzustellen, den man in Österreich eigentlich nicht vorstellen muss, nämlich unser Mitglied Kurt Rothschild, der sicher einer der bekanntesten Ökonomen des Landes ist. Er hat lange in Linz gelehrt und sich dann in einen überaus produktiven Unruhestand zurück gezogen, und wird ein paar einleitende Worte noch an Sie richten.

Kurt Rothschild

Ich möchte mit zwei Zitaten von zwei bekannten Leuten beginnen. Schumpeter hat einmal ungefähr gesagt, das politische und wirtschaftliche Leben ist sehr kompliziert, und es ist sehr schwer es zu verstehen, und am schwersten zu verstehen ist die Welt, in der wir selbst leben. Und das zweite kommt von einem ehemaligen österreichischen Bundeskanzler, der gesagt hat, es ist alles sehr kompliziert. Beide haben Recht. Wenn man das bedenkt, dann ist eben doch etwas merkwürdig momentan, was beide Vorredner leider schon gesagt haben, weil ich es auch ganz gerne gesagt hätte, dass also erstaunlich wenig diese Schwierigkeiten, die wir haben in dieser neuen Situation, nicht anerkannt werden als eine komplizierte, noch nicht ganz durchschaute Wirklichkeit, die wir in den Griff bekommen müssen, dass man dieser Situation mit einer extrem vereinfachten, vulgarisierten Form einer Theorie aus dem 19. Jahrhundert begegnet, und zwar mit einer Intoleranz und mit einer Betonung, die erstaunlich ist. Ich glaube, ein zukünftiger Wirtschaftspolitiker wird das nicht verstehen. Das ganze 20. Jahrhundert war gekennzeichnet in den demokratisch entwickelten Ländern von deutlichen Diskussionen über Politik, aber vor allem über Wirtschaftspolitik. Es gab zumindest zwei Parteien, entweder nach Farbe oder Himmelsrichtung unterschieden, die verschiedene Ansichten hatten, wie die Wirtschaft gestaltet werden sollte. Verschiedene Ansichten, die sich zum Teil aus verschiedenen Perspektiven ergeben haben, wie man dieses komplexe Gebilde ansah, aber vor allem auch verschieden, weil jede Wirtschaftspolitik wie Politik generell Gewinner und Verlierer schafft und daher auch die Interessen in der Bevölkerung verschieden sind, daher auch eine verschiedene Vertretung bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik erfordern.

Das war diese Entwicklung im 20. Jahrhundert, von der Dahrendorf gesagt hat, das war das Jahrhundert der Sozialdemokratie, worunter er meinte, dass die Regierungen sozialdemokratisch waren. Aber es war die Diskussion zwischen einem Manchesterkapitalismus, dem geistigen Vater des Neoliberalismus, wenn Sie wollen, und der Sozialdemokratie, die eine soziale Komponente einbringen wollte in diese erschreckende Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts. Und das war die große Auseinandersetzung. Im Laufe dieser Auseinandersetzung ist das entstanden, was man dann genannt hat soziale Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat. Jedenfalls die Vorstellung eines Gebildes, in dem es verschiedene Ideen gab. Die richtige, die ganze Wahrheit kann man sowieso nicht erfassen.

Aber dass es verschiedene Zugänge gibt zu den Problemen. Und diese Auseinandersetzung stand in der Mitte. Die ist jetzt verschwunden.

Es wird so getan, als ob es nur einen Weg geben würde, einen richtigen Weg. Und jeder, der den anzweifelt, versteht nichts davon, oder hat Sonderinteressen, usw. Man muss sich fragen, wieso ist das gekommen. Wieso konnten heute bis tief hinein in die Gruppen, die kritisch waren gegenüber einem extremen Liberalismus, diese Ideen Fuß fassen? Das gilt übrigens nicht nur für die Politik. Das gilt auch für die ökonomische Wissenschaft. Auch dort sind andere Richtungen zurück gedrängt worden. Es gibt keine andere Sozialwissenschaft, wo man unterscheidet zwischen einem Mainstream – ja gut, das ist das, was man zu glauben hat - , und die anderen sind die so genannten heterodoxen Ökonomen. Ich habe nie gewusst, ob das beleidigend ist, wenn man sagt, ich bin ein heterodoxer Ökonom, aber es stört mich nicht besonders. Aber das haben wir in keiner anderen Sozialwissenschaft. Es gibt keine Mainstreampsychologie und heterodoxe Psychologen. Es gibt Freudianer und Adlerianer, und es gibt, was Sie wollen, aber nicht diese scharfe Scheidung in eine herrschende Theorie.

Wenn ich frage, warum ist das so, dann muss man sehen, dass, was sich da ereignet hat in den letzten Dezennien, ist, was man mit Recht eine neue industrielle Revolution genannt hat, eine sehr starke Veränderung in den wirtschaftlichen und damit auch in den politischen Beziehungen. Sie wissen ja, die großen Änderungen ausgehend vom technischen und wissenschaftlichen Fortschritt, der unerhörten Möglichkeiten auf dem Kommunikationssektor, auf dem Verkehrssektor, die ganze mikroelektronische Revolution, die im Gegensatz zu früheren technischen Fortschritten nicht nur einzelne Wirtschaftszweige sondern praktisch die gesamte Wirtschaft inklusive der Dienstleistungen betrifft, haben zu enormen Umwälzungen in den Produktionsmöglichkeiten geführt und in den Organisationsmöglichkeiten. Es ist ja schon langweilig, das Fernsehen aufzudrehen, weil man immer fragt, welche Fusion wird uns heute geboten. Am laufenden Band kriegen wir diese mit mehrstelligen Prozentzahlen wachsenden Fusionen und Aufkäufe, die zum Teil erfolgreich sind, zum Teil auch Misserfolge bringen, mit. Jedenfalls sind diese enormen transnationalen Konzerne entstanden. Wenn man sieht, dass das ein enormer Einfluss ist, dann ist die ganze Entwicklung zum Neoliberalismus leicht verständlich. Die neoliberalistische Ideologie, nicht die wirkliche neoliberale Politik, die schaut dann schon wieder ein bisschen anders aus, aber die neoliberale Ideologie entspricht genau der Logik dieser transnationalen Konzerne. Wenn Sie bedenken, dass die auf Schlagworte reduzierte Theorie reduziert werden kann auf Deregulierung, Privatisierung und schlanker Staat, so ist das ja genau der Übergang von großen Konzernen aus der früheren nationalen Umgebung, wo sie den Staat gebraucht haben, um sie zu schützen gegen die Konkurrenz von anderen Staaten, oder um Infrastruktur in dem Land, wo sie zu Hause sind, stärker auszubauen, wo sie auf Dauer mit den Gewerkschaften in diesem Land in Kontakt bleiben mussten. Diese Konzerne haben als transnationale Konzerne andere Interessen. Alle Schutzgrenzen wie Zölle usw. waren natürlich jetzt ein Ärgernis, weil sie die Hälfte ihrer Produktion in anderen Ländern haben und daher Zölle nur ein Hindernis waren. Jeder Schwierigkeit in einem Staat konnte man entgegen treten mit der Drohung, dass man die Produktion verlagern wird – man muss sie gar nicht verlagern, man muss nur drohen. Auf diese Art haben sich die gesellschaftlichen Einflüsse, die früher eine Art Kräftedreieck waren zwischen Staat, Gewerkschaften und Unternehmen, sehr stark verschoben zu den transnationalen Unternehmen, nicht einmal zum Unternehmenssektor als ganzem.

Es ist dieser ideologische Einfluss und die ganzen think tanks, die in dieser Richtung arbeiten, dass dieser Stallgeruch dieser neuen Ideologie da ist. Die anderen Theorien und die anderen Ideologien sind natürlich auch noch da, aber sie kommen nicht genügend in die Öffentlichkeit. Im wirklichen Leben führt es zu diesen Fehlentwicklungen. Wenn Sie sich die

Diskussionen anschauen zwischen Ökonomen so um die 1980er Jahre und beginnende 1990er Jahre, da ist vieles gesagt worden, was wir jetzt schon erleben. Das ist ja gesagt worden. Aber das ist in den Hintergrund gedrängt worden. Dass der Maastricht Vertrag ein Unsinn, oder eine Katastrophe, oder ein katastrophaler Unsinn war, das hat man damals auch schon gewusst. Aber das ist in den Hintergrund gedrängt worden. Und jetzt kommen diese Schwierigkeiten hervor. Wir haben zehn Jahre einer wichtigen Auseinandersetzung verloren, wie wir mit den Problemen, die es wirklich gibt, fertig werden können. Wie Herr Robol richtig gesagt hat, wir haben keine Rezepte, keine Patentrezepte. Der einzige Trost ist, dass die anderen es auch nicht haben. Aber Tatsache ist, dass man weiter sein könnte, wenn man eine viel größere Diskussion gehabt hätte. Es ist ja leider so, dass dieser Mangel an Diskussion dazu geführt hat, dass die Volkswirtschaft ein langweiliger Gegenstand geworden ist. Er war faszinierend im 19. Jahrhundert in der Auseinandersetzung. Heute gehen die Studenten mit Recht lieber in die Betriebswirtschaft, weil sie da bald was verdienen können. Die geistige Auseinandersetzung über die Zukunft, die politische und wirtschaftspolitische Zukunft liegt im Argen.

Schneider

Vielen herzlichen Dank. Wir können Ihnen also heute Abend einen heterodoxen Diskurs bieten. Ich habe mich dafür entschieden, das als Kompliment zu werten. Sie haben jetzt schon vier Mitglieder des Wiener Wirtschaftskreises kennen gelernt. In der Diskussion stehen dann noch weitere Mitglieder des Kreises zur Verfügung. Ich habe Herrn Glötzl gesehen, Herrn Laski, Herrn Rauch. Das heißt, Sie können ruhig breiter fragen auch über das Referat des heutigen Impulsreferenten hinaus.

Ich habe jetzt die Freude, Ihnen Herr Walther vorzustellen. Prof. Herbert Walther leitet an der Wirtschaftsuniversität Wien die Abteilung für Arbeitsmarkttheorie und Arbeitsmarktpolitik. Ich denke, der Beitrag, den die Wissenschaft leisten kann, wird ganz wesentlich durch die Fragen bestimmt, die sie sich stellt. Das ist gleichzeitig jener Bereich, der normalerweise aus der Wissenschaftlichkeit heraus genommen wird, der Entdeckungszusammenhang. Herr Walther hat sich in seinen Forschungen Fragen gestellt, die gemeinhin als entschieden gelten. Er hat z.B. nachgeprüft, wie viel Wachstum eine Steigerung der Sparquote, wie sie z.B. durch die zweite Säule der Pensionsversicherung angestrebt wird, nach dem Modell von Roma bringen würde. Selbst wenn man dieses Modell nicht in Frage stellt, wofür es gute Gründe gibt, kommt er zu dem Schluss, dass das eigentlich relativ wenig ist, relativ unbedeutend, was wir dadurch gewinnen würden. Er hat eine ganze Reihe ähnlicher provokanter Fragen seinen empirischen Forschungen zu Grunde gelegt. Ich glaube, wir können uns jetzt freuen auf seine Gedanken zum Thema neoliberale Utopie und Wirklichkeit.

Herbert Walther

Ich freue mich, dass ich hier sprechen kann. Utopie ist – wörtlich übersetzt - ein „Nicht-Ort“, der Ort, wo man hin möchte, sich aber noch nicht befindet. Es ist die leuchtende Skizze einer besseren Welt. Und keine politische Strömung kommt ohne solche Utopien aus.

Die Wirklichkeit ist jedoch leider - wie es Stanislaw Lec in seinen „Unfrisierten Gedanken“ einmal gesagt hat - der Feind der Wahrheit und damit auch der Feind jeglicher Utopie. Wenn man sich genauer mit den Resultaten und Ergebnissen utopischer Versuche beschäftigt, dann kommt man deshalb aus dem Staunen nicht heraus. Ich werde versuchen, an Hand einiger Beispiele zu zeigen, was im Falle der neoliberalen Utopie eigentlich daneben geht, schief gelaufen ist.

Vielleicht, zunächst einmal, was ist der Hintergrund?

Es gibt einen Siegeszug wirtschaftsliberaler Doktrinen, Konzeptionen Welt weit, beginnend mit Thatcher und Reagan in den 1980er Jahren, gefolgt von einer Welle der Deregulierung und der Liberalisierung, einer Öffnung der Märkte in den USA, Europa, Asien. Auch über die GATT Runden gab es eine massive Handelsliberalisierung, zu der übrigens ein französischer Nobelpreisträger (Maurice Allais) bereits in den 1970er Jahren gesagt hat, dass dies die Arbeitslosigkeit in Europa möglicherweise deutlich erhöhen wird. Der Zusammenbruch des realen Sozialismus war ein weiterer Faktor, der offensichtlich die Überzeugung gefestigt hat, dass es nur ein einziges System gebe, das wirtschaftlichen Erfolg garantiert. Der Systemwettbewerb hat sich verlagert von einem Systemwettbewerb zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft zu einem Systemwettbewerb zwischen sozialer Marktwirtschaft und einer kapitalistischen – reinen - Marktwirtschaft, die es in dieser Form natürlich nirgendwo wirklich gibt, aber gewisse Volkswirtschaften sind auf dem Weg dorthin.

Ich werde auf die Ursachen dieser Entwicklungen nicht detailliert eingehen, hier seien nur einige kursorisch genannt:

(1) Die zunehmende Offenheit vieler Volkswirtschaften – Herr Rothschild hat sie angesprochen.

(2) Dann gab es eine massive Schwächung der Gewerkschaften durch Tertiärisierung, durch Abbau von Industriearbeitsplätzen (als Teil des normalen Strukturwandels), aber auch durch eigene Fehler, wenn Sie an die Situation in Großbritannien denken, wo es ein absolut verzopftes Gewerkschaftssystem gegeben hat, das die Basis geboten hat für die brutale Antigewerkschaftspolitik von Margaret Thatcher.

(3) Es gab den Aufstieg eines globalen, die Wirtschaftspolitik selektiv disziplinierenden Finanzkapitalismus. Die Pensionsfonds, die heute den Kapitalmarkt regieren, sind eine gewaltige Macht, über die kaum in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Sie diktieren zum Teil die Spielregeln in den nationalen Wirtschaftspolitiken. Der Staat als schwacher Eigentümer. Tatsächlich, auch wenn es in diesen heiligen Hallen ein bisschen frevelhaft klingen mag, auch der Staat hat seine Schwächen und hat tatsächlich in vielen Bereichen auch Probleme gehabt, sich gegenüber Sonderinteressen im Dienste des Allgemeinwohls durchzusetzen.

(4) Dann gab es natürlich auch historisch bedingt eine verblassende Erinnerung an die Weltwirtschaftskrise, ihre Ursachen und ihre Folgen. Wenn man sich die Parteiprogramme der großen Parteien nach dem zweiten Weltkrieg durchliest, steht fast überall drinnen, dass man diese Form des reinen Kapitalismus, der zu gewissen Fehlentwicklungen geführt hat, nicht gewollt hat. Das erste Nachkriegs-Programm der CDU liest sich stellenweise so wie das Kommunistische Manifest.

(5) Dann gab es das Wiedererstarken des Glaubens an die „invisible hand“. In der ökonomischen Wissenschaft stellt diese „invisible hand“-Hypothese eine attraktive Konzeption dar, weil sie mathematisierbar erscheint, weil sie eine elegante, ästhetische Beschreibung der ökonomischen Wirklichkeit ermöglicht und weil sie den Mathematikern viel Arbeit und Freude macht.

Die „invisible hand“ ist der Kern der liberalen Utopie. Carl Christian von Weizsäcker, der ein vernünftiger, intelligenter und abwägender Liberaler ist - ich beschäftige mich hier nicht mit den verrückten Narren der Austrian economics (= Leute, für die der absolute Marktradikalismus gewissermaßen das Um und Auf ist) – schreibt:

Diese Gesellschaft ist im Idealtyp charakterisiert durch die Abwesenheit von Macht von Menschen über Menschen, Tauschgerechtigkeit ist somit ein gesellschaftlicher Zustand entfalteter Privatautonomie, die unter Bedingungen des Wettbewerbs und der Abwesenheit von Macht für gesellschaftlich fruchtbare Kooperation von Arbeitsteilung eingesetzt wird.

Also ein typisch deutscher Ökonomensatz, sehr lange, und alles drinnen, was man sich wünscht. Was ist dieser Zustand, dieser ideale Zustand? Für den Ökonomen ist das ganz klar. Was Weizsäcker eigentlich hier meint und verbal beschreibt, ist ein spezifisches Modell der ökonomischen Theorie, das folgende Charakteristika aufweist. Es gibt eine Vielzahl von Anbietern und Nachfragern, so dass der einzelne praktisch machtlos ist. Die Preise sind durch Markt und Wettbewerb bestimmt. Alle für die Entscheidungen relevanten Informationen werden durch Preise vermittelt, was natürlich eine Absurdität ist: Denn es gibt ja - zum Beispiel - viele private Entscheidungen, die externe Wirkungen auf andere haben, Umweltschäden z.B. auslösen. Da sind viele Informationen nicht in den Preisen enthalten über die wirklichen volkswirtschaftlichen Kosten, die anfallen.

Der Preismechanismus sichert in dieser Sichtweise ein eindeutiges, ein effizientes, ein stabiles, „markträumendes“ Gleichgewicht. Der Preismechanismus wird als ideales System der Selbststeuerung und Selbstorganisation in einer Gesellschaft interpretiert. Man spricht sogar von einer „Preis gesteuerten Minimalstaatsgesellschaft.“

Die Entlohnung erfolgt bei Wettbewerb leistungsgerecht - nach den entsprechenden Beiträgen der einzelnen Individuen.

Es gibt nur ein kleines Problem dabei.

Dieses vollkommene Wettbewerbsmodell ist ein absolut unmöglicher Zustand. Es ist gewissermaßen ein „physikalisch“ unmöglicher Zustand.

Würde jemand z.B. ein Verkehrssystem für diese Erde entwickeln unter der Annahme, dass es keine Schwerkraft gibt, dann würde man sagen, das ist ein Verrückter. Aber tatsächlich gibt es in der Ökonomie viele solche Leute. Sie unterhalten sich über die Ausstattungsdetails dieses optimalen „Verkehrssystems“ immer unter der Annahme, dass es die „Schwerkraft“ – die Friktionen der Realität - nicht gibt.

Es gibt eine Reihe von nicht behebbaren Problemen der Realität, die bewirken, dass dieses Modell als Utopie unbrauchbar ist. Es ist eigentlich eine „Fata Morgana“, wenn man das normativ interpretiert, keine konkrete Utopie, wie sie Techniker entwickeln, wenn sie von „Zukunftslösungen“ sprechen.

Es ist für gewisse Zwecke ganz sinnvoll, dieses Modell zu verwenden, aber eben nur um zu zeigen, wie absurd die Annahmen sind.

Es gibt eine Unzahl von Ursachen des Marktversagens, die in der Literatur diskutiert wurden, die ausführlich analysiert wurden. Es gibt ganze Bücher drüber. Ich habe nur ein paar Ausschnitte aus diesen Diskussionen hier gesammelt.

(1) Zunächst einmal gibt es Unteilbarkeiten am Markt. Was heißt das? Das heißt im Prinzip, dass es natürliche Monopole gibt, wie die Netzwerktechnologien, die solche Monopole bedingen. Man kann nicht hundert Gaswerke in Wien miteinander konkurrieren lassen, mit

jeweils eigenen Netzwerken. Aber auch der Faktor Arbeit ist von so einer Unteilbarkeit betroffen. Ein Arbeiter kann nicht einfach seine Arbeitskraft an hundert verschiedene Arbeitgeber gleichzeitig verkaufen, sondern im Regelfall ist er abhängig von einem einzigen Arbeitgeber, was ein natürliches Machtgefälle konstituiert und einen Bedarf an ausgleichenden Regulierungsmaßnahmen schafft.

(2) Es gibt öffentliche Güter, die nur über Zwangsabgaben finanziert werden können, weil ja der Verteidigungsminister nicht einfach durchs Land gehen kann und sagen kann, spendet freiwillig für diesen oder jenen Abfangjäger. Das wäre jedoch die einzige Finanzierungsalternative, wenn niemand ausgeschlossen werden kann vom Nutzen des Gutes „Sicherheit“.

(3) In den letzten Jahrzehnten hat sich eine sehr verfeinerte Theorie der unvollkommenen und der asymmetrischen Information auf vielen Märkten entwickelt. Asymmetrische Information ist einer der Gründe, warum wir ein Lebensmittelrecht haben, warum wir Konsumentenschutz haben, warum der Markt in bestimmten Bereichen sehr schlecht funktioniert. Wir haben detaillierteste Kapitalmarktregelungen. Und trotzdem gibt es immer wieder Anlagebetrüger, die das Vertrauen in den Markt insgesamt schwächen. Hier ist der Staat gefordert, Regulierungen zu setzen, die die Markttransparenz verbessern, die gewisse Informationsrechte den beiden Marktparteien gewähren usw. usf. Medikamentenzulassung, Kapitalmarktgesetze etc. - das alles wäre ja nicht vorstellbar ohne Marktversagens auf Grund des Informationsproblems.

(4) Noch gravierender und jetzt gerade aktuell ist das Fehlen perfekter Zukunftsmärkte. Wenn alle plötzlich mehr sparen, kann es ja sein, dass das einer ganz bestimmten Absicht entspringt. Die Leute wollen vielleicht wirklich in der Pension mehr konsumieren oder mehr für die Pension zurücklegen. Das Problem ist nur, die Unternehmen können diese Information gar nicht bekommen, auch nicht über eine allgemeine Absenkung des Zinsniveaus. Sie wissen ja gar nicht, was in 20 Jahren oder in 10 Jahren nachgefragt werden wird. Sie wissen auch nicht, in welche Richtung sich die Nachfrage entwickeln wird. Der Preismechanismus kann diese Informationen nicht (perfekt) transportieren. Das einzige, was die Unternehmen unmittelbar erfahren, ist, dass die Umsätze aktuell zurückgehen. Und sie orientieren sich natürlich mit ihrer Produktion an der aktuellen Nachfrage, daher kommt es zu entsprechenden Produktionseinbrüchen. Das heißt, „mehr sparen“ schafft nicht *automatisch* mehr Arbeitsplätze.

(5) Dann gibt es das Verteilungsproblem, das sehr wichtig ist, das ich – später - noch ein bisschen konkreter ansprechen möchte.

(6) Und es gibt natürlich immer die historisch konkrete Gebundenheit aller Ressourcen, Arbeitskraft, Kapital usw. Das heißt, jede Umwidmung, jede Neuverwendung von Ressourcen in eine andere Richtung ist extrem kostspielig. Strukturanpassungen kosten enorme Summen. Daher ist es eine legitime Frage, die immer zu stellen ist, wie rasch eine Anpassung erfolgen soll. Wenn man sie sehr rasch durchführt, wenn man sie schockartig durchführt, wenn man eine Volkswirtschaft einer Reihe von Schocks aussetzt - innerhalb kurzer Zeit, dann heißt das, dass das Ganze sehr viel kostspieliger wird.

So wie es sehr viel kostspieliger ist, wenn man mit 180 auf der Autobahn fährt als mit 120.

(7) Es gibt aber auch noch andere Ursachen des Marktversagens. Zum Beispiel hat die experimentelle Ökonomie gezeigt, dass Individuen sich systematisch anders verhalten, als es

das Modell unterstellt: Der rationale Homo Oeconomicus, der mathematisch so einfach beschreibbar und beherrschbar ist, den gibt es nicht, weil es eine Vielzahl psychologisch relevanter Abweichungen gibt.

Den Leuten ist zum Beispiel Fairness sehr wichtig in Transaktionen. Der soziale Vergleich ist oft wichtiger als die reine Wertmaximierung in Transaktionsbeziehungen.

Es gibt eine starke „Status Quo“-Präferenz. D.h. die Leute wissen oft gar nicht, was sie wollen. Wenn der Status Quo geändert wird, dann bevorzugen sie (nach Eingewöhnung) wieder den – neuen - Status Quo. Zentrale Annahme des „Homo Oeconomicus“-Modells ist immer die, dass alle wissen, was sie wollen. Das ist jedoch durch die „Status Quo“-Präferenz in Frage gestellt. Es gibt aber natürlich auch endogene, durch das soziale Umfeld, durch die Werbung, durch die gesellschaftlichen Faktoren geprägte Präferenzen. Ein Beispiel wäre die Wahl zwischen Hausfrau und Beruf. Ganz offensichtlich hängt das auch davon ab, wie viele andere Hausfrauen es im sozialen Umfeld gibt. Ist das eine oder das andere üblich? Je nachdem werden auch die individuellen Präferenzen vermutlich auch anders sein.

(8) Und dann gibt es natürlich noch das „Staatsversagen“. Das hat zwar ähnliche Ursachen wie das Marktversagen struktureller Art, zum Beispiel asymmetrische Information. Ein paar von Ihnen haben vielleicht die herrliche BBC-Sitcom gesehen „Yes Minister“, wo ein Minister hilflos in den Fängen seiner Spitzenbeamten zappelt, auf deren Rat er völlig angewiesen ist.

Es gibt so genannte „natürliche Monopole“ und das Eigeninteresse der Bürokratie. Es gibt aber auch kurzsichtige Wähler, die im Verein mit der Stimmenmaximierung natürlich Probleme bereiten, wenn sie ehrliche Politiker bestrafen, die den Leuten reinen Wein einschenken. Es gibt das Wirken der kleinen Lobbies, die sehr aktiv und erfolgreich sind und die Pläne und Aktionen des Staates natürlich in ihre Richtung lenken wollen.

Aber es führt kein Weg vorbei: Kollektive Entscheidungen sind notwendig, um Kooperation zu sichern, zur Überwindung des Marktversagens auch unterhalb der reinen staatlichen Ebene: zum Beispiel über private Gemeinschaftsinitiativen.

Die Liberalen fordern - immer mit kritischem Blick auf die „rent seeking society“ (= der Versuch von Lobbies, den Staat für sich zu instrumentalisieren) - eine Begrenzung des Einflusses von Lobbyisten. Das, was dann im Regelfall passiert, ist, dass man zwar den Einfluss einiger weniger „Lobbyisten“ begrenzt, nämlich den der Gewerkschaften, aber andere dafür zur Hintertür herein lässt. Es gibt keinen „interessensfreien Raum“. Der „Horror Vacui“ gilt auch hier. Ein offener demokratischer Prozess, bei dem transparent wird, wie Interessen sich artikulieren und wie sie sich auf bestimmte Politiker auch auswirken, ist wahrscheinlich das bessere Rezept, als die Verteufelung einzelner Interessensgruppen.

Meine conclusio aus der rein theoretischen Überlegung ist also, Markt- und Staatsversagen gibt es leider immer und überall.

- Wir leben nie in der besten aller Welten - entgegen dem Prinzip des Candide von Voltaire.
- Es ist absolut unmöglich, das Wertschöpfungspotenzial einer Volkswirtschaft auszuschöpfen.
- Und ein funktionierender, nie perfekter Markt braucht einen funktionierenden, nie perfekten Staat. Beide Institutionen sind eigentlich komplementär zu einander. Es geht nicht ohne das eine, wie das andere. Volkswirtschaften, in denen der Markt am

schlechtestens funktioniert, sind Volkswirtschaften, in denen der Staat nicht funktioniert. (Das sind zunächst einmal die „failed states“, die Staaten, in denen die Führerschaft korrupt ist und in denen eine Kleptokratie existiert.)

Wettbewerb **und** Kooperation sind also notwendig in vielen Bereichen, allerdings in sehr unterschiedlichen Mischungen. Man kann diese Fragen gar nicht abstrakt beantworten, sondern man müsste immer wieder ganz konkret auf einzelne Aspekte eingehen, auf einzelne Fallbeispiele.

Ich möchte Ihnen jetzt ein Fallbeispiel zeigen, das für diese „Markt versus Staat“ Diskussion ganz relevant ist. Das Gesundheitswesen. Denn Sie wissen ja alle: es gibt eine Kostenexplosion, ein demografisches Problem usw. Jedes Mal, wenn das Defizit der Kassen steigt, gibt es eine heftige Diskussion über die Notwendigkeit von Beitragserhöhungen usw.

Diese Diskussion wird von den liberal gesinnten Journalisten immer dahingehend zugespitzt, das ganze Problem sei ein Problem des Staates und der staatlichen Unfähigkeit, mit diesen Dingen umzugehen. „Mehr Markt im Gesundheitswesen“ lautet das Standardrezept.

Tatsächlich ist der reine Gesundheitsmarkt natürlich eine Hochburg des Marktversagens.

Es gibt Monopolmacht, die Ärzteverbände, die hier existieren, agieren monopolistisch.

Dieses Monopol gibt es jedoch deshalb, weil es eine andere Form des Marktversagens gibt, nämlich den Qualitätswettbewerb, beziehungsweise das Problem des mangelhaften Qualitätswettbewerbs: Es gibt ein „Quacksalberproblem“. Daher gibt es hohe Zutrittsschranken, legitimerweise. Und das ist natürlich – ganz unvermeidlich - eine Quelle der Monopolmacht.

Es kommt noch schlimmer: Leider gibt es auch asymmetrische Information. Der Patient geht zum Arzt und weiß eigentlich nicht, was er nachfragen soll. Und der Arzt bestimmt über seine Nachfrage. Daher sind auch Selbstbehalte in vielen Fällen kein adäquater Steuerungsmechanismus, weil der Patient ja gar nicht weiß, was ihm der Preis mitteilen soll. Das müsste er wissen, damit der Markt effizient funktionieren kann.

Es gibt „adverse Selektion“ am Versicherungsmarkt. Wenn private Versicherungen konkurrieren, dann picken sie sich die besten Risiken für sich heraus. Das heißt, dass private Versicherungen natürlich auch sehr scharf und detailliert reguliert werden müssen, wenn sie funktionieren sollen. Der Wettbewerb auf diesen, notorisch intransparenten Märkten ist sehr teuer, weil unglaublich viel in Marketing und Werbung investiert wird. Und natürlich ist es so, dass in diesem Dreieck – der Arzt verschreibt, der Patient konsumiert, die Versicherung zahlt – die verschiedenen Formen des Marktversagens sich sogar wechselseitig verstärken.

Wenn wir daher die Frage stellen, wie sinnvoll sind Selbstbehalte plus private Versicherungen und weniger Staat im Gesundheitswesen, so schauen wir uns am besten das Ganze anhand kleinerer, empirischer Details an („An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“).

Die Lebenserwartung in Österreich ist für die Gesamtbevölkerung zwischen 1960 und 2002 von 68,7 Jahren auf 78,8 Jahre gestiegen. In den USA von 69,9 auf 77,2. Das heißt, wir haben die USA von der Lebenserwartung her überholt.

Jetzt schauen wir uns etwas anderes an, und zwar wie sich die Gesundheitsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts entwickelt haben. In Österreich betragen sie 1960 4,3% für die öffentlichen Gesundheitsausgaben des Bruttoinlandsprodukts relativ zum Bruttoinlandsprodukt. Jetzt sind es 7,6%. Davon sind öffentliche Gesundheitsausgaben etwa 70%, das hat sich kaum verändert. Wenn wir uns die USA anschauen, dort haben sich die Gesundheitsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 5% - das war geringfügig mehr als in Österreich – fast verdreifacht auf 14,6%, die sind explodiert.

Gleichzeitig ist aber auch der Anteil der öffentlichen Ausgaben gestiegen. Meines Erachtens deshalb, weil die Probleme, die mit diesem Gesundheitswesen verbunden sind, enorm sind.

Ich habe vorhin gezeigt, die Lebenserwartung ist in Österreich rascher gestiegen - trotz eines viel geringeren Anstiegs der Gesundheitsausgaben.

Jetzt könnte man natürlich argumentieren - aus einer liberalen Sicht - das Gesundheitssystem sei ja nicht dazu da, um die Lebenserwartung zu maximieren. Sondern es soll die „Kundenwünsche“ optimal erfüllen. Wenn die Leute eine Nachfrage haben nach Schönheitsoperationen, nach Haarimplantationen, nach Fettabsaugungen, dann bietet das Gesundheitswesen auch solche Dinge zum Marktpreis an. Dann sind die Leute vielleicht zufriedener mit einem marktgesteuerten System. Könnte man annehmen.

Wie sieht es aus mit der „Zufriedenheit“ mit dem Gesundheitswesen? Es gibt eine Umfrage aus dem Eurobarometer einerseits und eine amerikanische Umfrage, die ich kombiniert habe. (Da diese Umfrage für ein Land (Großbritannien), welches in beiden Samples enthalten war, nahezu die gleichen Ergebnisse liefert, vertraue ich darauf, dass man die Daten kombinieren kann.)

Da sehen Sie Folgendes. Hier auf der vertikalen Achse ist der Anteil der sehr Unzufriedenen mit dem Gesundheitswesen. In den USA liegt dieser Anteil bei etwa 49%. In Österreich sind es nur 2,2%!

Wenn Sie sich diese Daten anschauen, die öffentlichen Ausgaben in Prozent der Gesamtausgaben und den Grad der Unzufriedenheit, dann zeigt sich eigentlich folgendes Bild: je staatlicher das Gesundheitssystem ist, je größer der Anteil des Staates an der Finanzierung der Gesamtausgaben des Gesundheitssystems ist, desto zufriedener sind die Leute mit dem Gesundheitssystem.

Warum ist das der Fall?

Einer der Punkte ist der, dass das staatliche Gesundheitssystem eine sehr starke Umverteilungskomponente hat und dass natürlich in einem marktorientierten System die ärmeren Leute klar zum Handkuss kommen. Daher ist diese ganz eindeutige Beziehung zu erkennen.

Schauen wir uns noch etwas anderes an.

Vielleicht ist ja doch das staatliche System insgesamt viel teurer. Schauen wir uns die Beziehung zwischen dem Anteil der öffentlichen Ausgaben an den Gesamtausgaben und dem Anteil der Gesamtausgaben am BIP für die EU-15-Länder plus USA, Neuseeland und Australien an. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben an den gesamten Gesundheitsausgaben ist in Luxemburg am höchsten (= 90%), in den USA am geringsten mit 49%. Und Sie sehen,

der Anteil am BIP, der für das Gesundheitssystem insgesamt aufgewendet werden muss, ist eindeutig umso geringer, je größer der Anteil der staatlichen Finanzierung ist.

Jetzt stelle ich einfach die Frage, wie kann man das erklären mit dem einfachen Glauben an die allgemeine Überlegenheit des Marktmechanismus?

Es ist einfach anders zu erklären. Das Gesundheitssystem ist chronisch belastet durch Marktversagensprobleme. Und daher ist eine öffentliche Lösung und eine staatliche Bereitstellung die bessere, aber natürlich niemals „perfekte“ Alternative: Das öffentliche Gesundheitssystem reduziert eben das Marktversagensproblem.

Die Medikamentenpreise sind viel niedriger in öffentlichen Systemen, weil es verhandlungsstarke Gegner des Ärztemonopols gibt. Es gibt Versicherungen, die keine Werbekosten haben. Es gibt weniger unnötige Therapien, weil das Profitmotiv reduziert wird bei den Ärzten. Und es gibt keine Hemmschwelle, daher gehen die Leute vielleicht auch früher zum Arzt.

Es gibt noch ein weiteres Argument, das man hier vorbringen könnte.

Der Wohlfahrtsstaat hat eine ganze Fülle von Regulierungen, die dem Gesundheitssystem indirekt Geld sparen helfen. Arbeitszeitregelungen zum Beispiel: Die Arbeitszeiten sind in den USA viel länger. Der Arbeitsschutz am Arbeitsplatz, der Mutterschutz sind in Europa besser ausgebaut: Die Säuglingssterblichkeit in den USA ist deutlich höher als in vielen europäischen Ländern. Weniger Kinder- und Altersarmut verbessert auch die Gesundheit. All diese Faktoren bedingen natürlich auch eine entsprechende Ersparnisse im Gesundheitswesen auf der anderen Seite.

Und es gibt natürlich einen faireren Zugang, den die Mehrheit der Bevölkerung schätzt.

Daher ist dieses Gesundheitssystem eindeutig beliebter.

Ich möchte einen anderen Aspekt der liberalen Utopie hier noch in Frage stellen. Es geht um liberale Utopie und Einkommensungleichheit. Carl Richard von Weizsäcker, ein sehr bekannter deutscher Ökonom, akzeptiert ein spezifisches Kriterium der Gerechtigkeit zum Unterschied von den anarcholibertären Austrian-Economics-Leuten, die ich schon genannt habe, für die es überhaupt kein Gerechtigkeitskriterium gibt. Er sagt, das System der Handlungsfreiheit, also die liberale Wirtschaft, dient auch langfristig den Ärmeren insofern, als sie in keinem anderen System absolut besser gestellt sein könnten. Und vernünftige liberale Reformen dienen diesem Ziel der Gerechtigkeit. Es gibt also absolut keine Antinomie zwischen Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Man muss „Ungleichheit“ akzeptieren, weil sie bis zu einem gewissen Grad als Motor der Produktivität dient.

Das zentrale Element dieser liberalen Konzeption ist die Chancengleichheit. Offene Märkte sind wichtig.

Es gibt Untersuchungen, die durchgeführt wurden über die intergenerative Einkommenssituation bei Söhnen und Vätern in Schweden und den USA. Die Frage ist, wie weit vererbt sich der ökonomische Status von einer Generation zur nächsten Generation. Gibt es wirklich diesen Mythos „vom Tellerwäscher zum Millionär“? Kann man ihn in den Statistiken ablesen?

Diese Untersuchung ist nicht irgendwo erschienen, sondern im American Economic Review, also der Topzeitschrift weltweit. Jetzt kommt was ganz Erstaunliches heraus. Wenn Sie in den USA einen Armen treffen, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass sein Vater arm war, 40%. Wenn Sie in Schweden unterwegs sind, ist die Wahrscheinlichkeit, wenn Sie einen Armen treffen, dass sein ebenfalls Vater arm war, nur 25%.

Das heißt, der ökonomische Status vererbt sich in einem wohlfahrtsstaatlichen Land – Schweden hat die größte Einkommensgleichheit von allen Industrieländern – sehr viel weniger stark als in den sehr egalitären USA.

So viel zum Prinzip der Chancengleichheit.

In Wahrheit hat man in den USA eine viel stärkere „Klassengesellschaft“, wobei sich die Klassengesellschaft reproduziert durch das Bildungssystem, das ja diese unterschiedlichen Zugangschancen sicherstellt. Die soziale Aufstiegsmobilität ist im egalitären Schweden deutlich höher.

Björklund und Jänti haben das übrigens auch für Brüder untersucht: Inwieweit ist die Familie bedeutend? Da kann man sich anschauen: ist die Einkommensgleichheit bei Brüdern im Land A höher als im Land B?

Da stellt sich heraus, in den USA ist auch bei Brüdern, die zur gleichen Familie gehören, die Einkommenskorrelation signifikant höher ist als in Schweden. Das familiäre Umfeld ist somit für den Aufstieg viel bedeutender in den USA.

Soviel zur „Chancengleichheit“.

Der bekannte amerikanische Ökonom Freeman hat gezeigt: im unteren Zehntel der Einkommensverteilung hat ein Schwede ein um 60% höheres Realeinkommen bereits als in den USA.

Man kann auch die Frage stellen, ob diese große Einkommensungleichheit nicht vielleicht durch die größere ethnische Heterogenität der USA verursacht ist. Auch das ist untersucht worden. Freeman hat sich skandinavische Einwanderer bzw. deren Nachfahren in den USA angeschaut und hat festgestellt, auch dort gibt es eine viel größere Einkommensungleichheit bei skandinavischen Abkömmlingen als in Schweden. Das heißt, es ist in der Tat das „liberalere“ System, welches wesentlich größere Einkommensungleichheit und weniger Chancengleichheit schafft.

Zum Abschluss kurz: liberale Utopie und Arbeitslosigkeit.

Die Standardthese ist die, dass die Globalisierung und die Marktöffnung einen weltweiten Arbeitsmarkt für niedrig qualifizierte Arbeit geschaffen hat. Die Lohnrigidität und die sozialen Institutionen des Sozialstaats haben dafür gesorgt, dass die Leute für die Arbeitslosigkeit optieren, statt dass sie sich um neue Jobs bemühen, die schlechter entlohnt sind. Patentrezept ist das Wort „Flexibilität“.

Ich habe einmal, weil mir das manchmal schon so auf die Nerven gegangen ist, gemeint, wenn wirklich die Flexibilität das einzige Kriterium wäre, an Hand dessen ein System beurteilt werden kann, dann müsste uns eigentlich die Evolution so konstruiert haben, dass wir wie Quallen durch den Raum schweben. Aber das tun wir offensichtlich nicht. Es gibt auch

Strukturen, die notwendig sind, „Knochen“ oder „Institutionen“, die sich nicht rasch ändern, Verträge, die sich nicht rasch ändern können.

Sicher, der rasante Strukturwandel ist erzwungen worden durch das hohe Tempo – zum Teil politisch gewollter - Marktöffnung. Das hat die Arbeitslosigkeit erhöht. Der Strukturschock hat aber auch, was manchmal übersehen wird, nicht nur eine strukturelle Komponente, sondern er hat auch eine konjunkturelle Komponente.

Er hat eine massive „keynesianische“ Krise ausgelöst: Konsumrückgang, Angstsparen.

In Deutschland ist die Sparquote der privaten Haushalte im letzten Jahr um 0,75% gestiegen. Das ist gesamtwirtschaftlich relevant. Der reale gesamte Konsum der privaten Haushalte ist innerhalb der letzten drei Jahre um 3% zurück gegangen. Die Leute haben Angst. Und das bedeutet, dass es eine Keynesianische Krise gibt, der man entsprechend entgegen wirken hätte müssen.

Die Makropolitik hätte einiges dazu beitragen können, um dem entgegen zu wirken.

Tatsächlich wurden die negativen Entwicklungen verstärkt:

- Die Maastricht Kriterien führten zu einer starken gleichzeitigen Dämpfung des Wachstums des öffentlichen und privaten Konsums.
- Die Pensionsreformen der letzten Zeit wurden begleitet von einer geradezu hysterischen Angst und Panikmache, die inhaltlich nicht berechtigt ist. Die Versicherungswirtschaft hat hier die Jahrhundertchance ihres Geschäfts erkannt. Politik plus Versicherungswirtschaft haben den Leuten Angst gemacht. Das Resultat: die Leute sparen wie verrückt, aus Angst, dass ihnen irgendwann einmal keine Pensionen mehr zukommen.
- Es gab noch zusätzlich (!) einen Ausbau der Sparförderung (Vorsorgespargen) ohne Rücksicht darauf, ob das aus gesamtwirtschaftlicher Sicht derzeit sinnvoll ist.
- Es gab den Irrglauben, dass Strukturreformen, Liberalisierung, Marktöffnung, Senkung der Steuern und des öffentlichen Konsums automatisch Wachstum schaffen.

Wie schaut denn das wirklich aus? Wenn wir uns das den letzten OECD-Survey (No. 77, June 2005) anschauen, wie schaut die Entwicklung aus?

Bis 1980 hatten wir ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 3,2%. Dann wurde das Binnenmarktprojekt verwirklicht. Der Cecchini-Report (1988) hätte eigentlich prophezeit, es wird dadurch zu verstärktem Wachstum kommen in den folgenden Jahren. Wir haben 1981 bis 1990 ein Wachstum von 2.4 % – das war vor dem Report, der 1987 publiziert worden ist, für 1992 war der Binnenmarkt zur Vollendung vorgesehen. In den 90er Jahren sank das Wachstum sogar auf 2.1 %.

Statt dass das Wachstum gestiegen wäre, ist es zurück gegangen nach der Liberalisierungswelle. Natürlich weil, wie Sie hier sehen, öffentlicher Konsum und die Investitionen (Maastricht!) zurück gegangen sind.

Nach dem Binnenmarkt haben wir 2001 bis 2004 ein noch niedrigeres Wachstum (1.4 %), obwohl uns durch den Euro auch mehr Transparenz, mehr Wettbewerb, mehr Liberalisierung, mehr Wachstum versprochen wurde.

Diese Versprechungen sind allesamt nicht in Erfüllung gegangen.

Und das ist natürlich auch der Grund, weshalb die Leute so enttäuscht und frustriert sind in Bezug auf die EU und gleich auch die Verfassung (zu Unrecht!) abgestraft haben.

Eine Institution möchte ich hervor heben, die sich besonders bemerkenswert hervor getan hat mit Fehlprognosen in den letzten Jahren, aber die gleichwohl die Regierungen dafür kritisiert, dass sie ihre Defizitziele nicht einhalten.

Hätten sich die Regierungen an den Prognosen dieser Institution orientiert, dann wären sie noch viel schlechter dran.

Gemeint ist natürlich die EZB.

Das sind die EZB Prognosen: Die Überschätzung für das Jahr 2002 zwei Jahre im voraus war etwa 177%. (Ich habe immer die Prognosewerte hergenommen, die zwei Jahre vorher erstellt wurden.) Für 2003 war die Überschätzung 33%, und für 2004 wieder plus 100%.

Das Wachstum wurde konsequent viel zu hoch angesetzt oder eingeschätzt. Daher war auch die Geldpolitik zu vorsichtig - vermutlich.

Man kann die Geldpolitik der EZB vielfältig kritisieren.

Eine ganz interessante Kritik ist vor einiger Zeit auf einer Tagung in Frankfurt geäußert worden - vom ehemaligen Notenbankgouverneur der US-FED Laurence Mayer. Er hat gesagt sinngemäß, sein Eindruck von der EZB ist, dass sie sich durch konjunkturelle Entwicklungen **nicht aus der Ruhe** bringen lässt. Im Gegensatz zur Fed, die stets versucht hat „gegenzusteuern“.

De facto ist es so, dass die EZB durch ihr zögerliches Reagieren die Situation verschlimmert hat.

Es gibt eine Studie von einem Schweizer Ökonomen Marc Rich, der früher Chefvolkswirt der Schweizer Nationalbank war. Er wollte in seiner Studie eigentlich die EZB vor solchen und ähnlichen Angriffen in Schutz nehmen.

Tatsächlich hat er in Wahrheit genau das Gegenteil in seinen ökonometrischen Schätzungen bewiesen. Dieser Ökonom hat aufgezeigt, die EZB hat bei einem einprozentigen Rückgang des Wachstums die Zinsen nur um 0,25% gesenkt, die Fed immer um 0,5%. Die Fed hat also der Wachstumsschwäche sehr viel kräftiger in den letzten Jahren entgegengesteuert.

Wie geht es weiter?

- Die Financial Times hat vor kurzem geschrieben, dass die EU Kommission angeblich endlich ein Sanktionsexempel an Italien statuieren möchte. Ich wünsche ihr dabei viel Glück. (Man könnte vielleicht das Kolosseum pfänden und nach Brüssel transportieren.)
- Zu erwarten ist (z.B. nach dem Regierungswechsel in Deutschland), dass Sozialleistungen weiter massiv gekürzt werden, Arbeitszeiten hinaufgesetzt werden, Löhne gedrückt werden, das ist das konservative Rezept für die Behebung der

deutschen Krise. Also: "More of the same and worse, könnte man sagen." Ich glaube nicht, dass diese Therapien funktionieren können.

- Die EU befindet sich insgesamt in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise. Wie diese bewältigt werden soll – mit immer den gleichen, gescheiterten, liberalen Rezepten – steht in den Sternen.

Daher ist meine Conclusio das, was ich zu Beginn gesagt habe. „Die Wirklichkeit ist der Feind der Wahrheit“, jeglicher ideologischen jedenfalls.

Die Liberalen haben völlig Recht - damit ich zum Abschluss etwas Nettes über Liberale sage - ,wenn sie betonen, dass freie Märkte und Wettbewerb in manchen, bei weitem nicht in allen Bereichen, Voraussetzung sind für hohe und steigende Produktivität. Sie haben aber Unrecht, weil sie eben die inneren logischen und empirischen Begrenzungen dieses Ansatzes nicht erkennen, nicht akzeptieren wollen, und vor allem nicht das alte philosophische Prinzip respektieren: „MEDEN AGAN“ – „NICHTS ALLZUSEHR“!

Danke!

Schneider

Vielen Dank Herr Walther für diese Auseinandersetzung mit der Utopie, der besten möglichen Welt. Sie kennen ja wahrscheinlich den Spruch, der Optimist sagt, wir leben in der besten aller Welten, und der Pessimist fürchtet, dass er Recht hat. Da ist jetzt eine ganze Menge an empirischen Beispielen gekommen, die die Mainstream Argumentation in Frage stellen und widerlegen. Ich nehme an, Sie haben einen erhöhten Diskussionsbedarf und darf das Podium frei geben für Fragen, Kommentare.

Frage

Herr Professor, Sie haben gesagt, die Ungleichheit sei unfair. Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, dass man dazu sagt, die Natur und das ganze Leben ist eben verschieden. Daher muss man diese Verschiedenheiten akzeptieren. Es kommt aber darauf an, dass man irgendeinen konstruktiven Umgang mit dieser Verschiedenheit findet, und das ist die Gleichheit. Ein zweites vielleicht noch: Sie haben uns gezeigt bei den Statistiken, dass die Prognosen vielfach fest daneben hauen, ziemlich stark von dem abweichen, wie man sich das vorstellt, wie man sich das ausdenkt. Vielleicht wäre es da auch auf den wirtschaftlichen Grundsatz zurück zu führen, dass man sagt, eine Prognose ist so ähnlich wie eine Kalkulation. Es ist wichtig, möglichst bald eine Nachregulation zu machen und darüber eine Nachprognose bzw. eine Diskussion einzuleiten, um eben frühzeitig ein Abfallen oder ein Nichteintreten der Prognose zu verhindern.

Frage

Herr Professor, darf ich eine simple und vielleicht doch fundamentale Frage stellen? In einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation, wo sich offensichtlich die Arbeitsmarktsituation immer mehr verschärft, erwarten wir doch alle, dass die Politik darauf eine Antwort hat. Ich bitte, das jetzt nicht als Kritik zu verstehen. Aber was kann die Wirtschaftswissenschaft heute, die internationale, die österreichische, die deutsche, außer sehr fundierten Fragestellungen und Wirtschaftsmodellen der Politik heute wirklich an die Hand geben, dass Problemlösungen möglich sind?

Frage

Wir leben in einer Welt, in der die Rohstoffe immer knapper werden, teurer werden, wo konkret der Ölpreis systematisch hinauf steigt. Da ist doch eigentlich jetzt erkannt, dass man sich überlegt, wie man die relativen Kosten beim Produktionsfaktor Arbeit auf der einen Seite und Ressourcenverbrauch auf der anderen Seite verändern könnte.

Walther

Zu dieser Frage nach der Gleichheit. Was die Liberalen meinen ist einfach, dass wir Ungleichheiten tolerieren müssen, die aus unterschiedlichen Produktivitäten der Individuen resultieren und die zur Setzung von Leistungsanreizen notwendig sind, damit wir eine produktive Wirtschaft haben. Das ist in dieser Allgemeinheit eine Formel, der jeder zustimmen kann. Die Frage ist bis zu welchem Grad? In meinem Hintergrundpapier zu diesem Vortrag bin ich ein bisschen eingegangen auf die Entwicklung der Einkommensungleichheit. Krugman hat vor einiger Zeit in der New York Times ein sehr nettes Beispiel gebracht. Er hat gesagt, 1968 gab es die größte amerikanische Firma General Motors. Der durchschnittliche Verdienst eines Arbeiters war nach heutigem Geld 28.000 Dollar. Er hatte Pensionsrechte, er hatte Krankenversicherung. Der Topmanager verdiente 4 Millionen Dollar. Heute ist das größte amerikanische Unternehmen WalMart. Der durchschnittliche Beschäftigte verdient 17.000 Dollar, und der Topmanager verdient 17 Millionen Dollar. Das ist die Veränderung, die sich hier abgespielt hat, in einer Nusschale gewissermaßen eingefangen. Die entscheidende politische Frage ist einfach, braucht der Herr Lee – das ist der Topmanager dieses WalMart – 17 Millionen Dollar? Der verdient in zwei Wochen so viel wie ein Arbeiter sein ganzes Leben lang bei dieser Firma. Brauchen wir so hohe Einkommensungleichheiten, damit er wirklich etwas leistet? Ich glaube nicht. Wir können geringere Einkommensungleichheiten haben. Wir könnten – in vielen Ländern gibt es das ja – höhere Steuern haben, und damit den Ausbau des öffentlichen Dienstleistungssektors fördern, anstatt so wie in den USA auf der Basis eines expandierenden Sektors persönlicher Dienstleistungen für reiche Leute - vom Hunde äußerln führen, bis zu Hochzeitsorganisation usw.

Was die Ökonomen können?

Es ist ein falscher Ansatz zu glauben, dass die ökonomische Wissenschaft ex cathedra ein Rezept haben kann, das in einer demokratischen Gesellschaft von oben dekretiert wird und das gewissermaßen die Lösung aller Probleme ist.

Ich sage in der ersten Stunde meinen Studenten im Regelfall, die meisten Leute glauben, die Ökonomen sind dazu da, um den Wirtschaftspolitikern die Entscheidungen zu erleichtern. In Wahrheit sind wir dazu da, um sie ihnen zu erschweren. Weil wir eben aufmerksam machen, dass jede Entscheidung vielfältige Wirkungen und Nebenwirkungen hat und es immer wieder Vor- und Nachteile verschiedener alternativen Szenarien gibt.

Ich muss bekennen, ich war z.B. gegen den Euro. Ich habe einen Kommentar geschickt an die Presse mit der Überschrift *Die Büchse der Pandora*. Ich habe skizziert, was passiert, wenn Italien den alten Weg weiter geht. Was wird passieren? Wird der Stabilitätspakt funktionieren? Ich habe geschrieben nein, er wird nicht funktionieren, er wird weg gewischt werden. Ich habe dann auf Griechenland hingewiesen und habe, satirisch überspitzt, die Akropolis nach Berlin wandern lassen. Das ist alles nicht eingetreten, sondern es ist ganz anders und doch irgendwie genauso gekommen, wie ich es erwartet habe.

Griechenland hatte nie die Kriterien erfüllt. Es gab ein unglaubliches Bonanza für Leute, die griechische Staatsanleihen gekauft haben. Die Kurse haben sich nahezu verdoppelt innerhalb kurzer Zeit. Der Finanzmarkt war dahinter, dass diese Länder rasch beitreten. Jetzt ist der Finanzmarkt dahinter, dass auch die osteuropäischen Länder möglichst rasch in den Euro-Raum hinein gedrängt werden.

Meinem Kommentar ist folgendes passiert. Ich habe nicht einmal eine abschlägige Antwort zurück bekommen von der „Presse“. Würde das ein öffentlicher Dienstleister machen, würde er wahrscheinlich in der Zeitung stehen.

Es gab keine wirkliche Diskussion in Österreich, sondern es gab nur – kurzlebige - Euphorie und Zustimmung. Und die Probleme, die mit einer gemeinsamen Währung und einer einheitlichen Geldpolitik verbunden sind, die jetzt manifest werden, mit diesen divergenten Situationen in verschiedenen Euro-Ländern, wurden völlig verdrängt.

Das Ergebnis dieser Art der Politik ist, dass die Leute mit diesen Entwicklungen natürlich sehr unzufrieden sind. Kurt Rothschild war übrigens einer der wenigen Ökonomen, der auch vor diesen Entwicklungen im Gefolge des Euro gewarnt hat.

Weshalb bringe ich dieses Beispiel?

Unser Beitrag als Ökonomen kann nur darin bestehen, dass wir in einer demokratischen Weise alternative Szenarien aufzeigen. Aber ich vertraue eigentlich viel mehr auf den demokratischen Prozess als auf irgendwelche einzelnen Experten, die noch so gescheit sein können und von oben herab irgendetwas diktieren. Ich hatte vor Jahren einmal eine Diskussion mit dem damaligen Industriellenvereinigungsökonom, dem Herrn Dr. Fürst. Ich habe gesagt, was mir Unbehagen bereitet, das ist diese Philosophendiktatur aus Brüssel. Das sind alles hervorragend qualifizierte Leute, sehr intelligent, sehr beschlagen, aber mit einem sehr einheitlichen Weltbild ausgestattet. Es gibt dort viel mehr Ökonomen als bei uns in der Verwaltung tätig sind, die alle das gleiche Training durchgemacht haben und die gleiche Philosophie und liberal gefärbte Ideologie haben. Aber diese Ideologie ist oft Meilen weit von dem entfernt, was die Leute über viele Probleme denken.

Herr Dr. Fürst war natürlich ganz anderer Meinung und konnte der „Philosophendiktatur“ Brüssels durchaus etwas abgewinnen.

Wenn Sie sich das Beispiel Gesundheitswesen anschauen, auch dort wird natürlich immer für mehr Markt argumentiert, und es wird Liberalisierung propagiert von gesundheitsökonomischen „Experten“, obwohl die Leute das nicht wollen. Mit, wie ich versucht habe zu zeigen, guten Gründen.

Die Frage der Rohstoffe. Ich habe mich überhaupt nicht mit dem großen Umweltproblem beschäftigt, weil ich mich dafür nicht kompetent fühle. Ich finde, das ist ein außerordentlich wichtiges Problem und eines, das zentral ist für die ganze Frage, wie wir mit unserem Wirtschaftswachstum umgehen und in welche Richtung wir die Wirtschaft weiter entwickeln.

Ich fürchte nur, dass wir das Umweltthema vergessen können, wenn die Arbeitslosigkeit weiterhin so hoch bleibt. Wenn man den Zusammenhang zwischen Politik und Ökonomie her nimmt: die Leute werden auch niedrigere Umweltstandards akzeptieren, wenn sie nur Arbeit finden. Und das Umweltthema wird in den Hintergrund rücken, wenn die Angst vor der Arbeitslosigkeit zu groß ist.

Zunächst einmal müsste man wieder für mehr Beschäftigung sorgen. Und das geht nur, wenn man Modelle entwickelt, die beides ein bisschen miteinander verbinden. Das gäbe es ja. Es gibt ja vernünftige Vorschläge. Auch das Wifo schlägt vor, z.B. Energie sparende Investitionen verstärkt zu fördern oder im Bauwesen etwas zu tun diesbezüglich. Aber das sind alles Tropfen auf den heißen Stein.

Denn in Wahrheit ist es ja so, dass die entscheidende Komponente für die Gesamtnachfrage die gesamte Konsumnachfrage ist. Und wenn die um eineinhalb Prozent oder gar um drei Prozent zurück geht wie in Deutschland, dann können Sie alle gut gemeinten Maßnahmen, sei es jetzt steuerlicher Art, steuerliche Anreize usw. oder Ausbauprogramme des Staates vergessen. Das ist nicht zu kompensieren. Daher ist die psychologische Seite so unglaublich wichtig, die Erwartungshaltung der Leute. Wenn man leichtfertig damit umgeht, indem man ihnen Angst macht vor der Zukunft, indem man Katastrophenszenarien herauf beschwört, dann ist das Ergebnis so, wie wir es jetzt sehen.

Was ich den Ökonomen vorwerfe, vor allem in der EZB, das ist, dass sie offensichtlich viel zu vergangenheitsorientierte Modelle konzipieren und dass sie die psychologische Realität nicht wahr nehmen. Ich muss ehrlich sagen, ich kann gar nicht das deutsche Fernsehen aufdrehen. Ich bekomme sofort einen depressiven Anfall, wenn ich eine Talkshow sehe, wo sich immer die gleichen Leute gegenseitig anweinen über die furchtbare Situation, in der sich dieses Land befindet. In Wahrheit ist es so, dass in Deutschland die Erwartungen gekippt sind.

Die Keynesische Theorie ist, was wenige wissen, keine Konjunkturtheorie gewesen. Das war eine Theorie, die uns erklärt, was passiert, wenn eine Wirtschaft sich in einem Zustand einer kollektiven Depression befindet, wenn die Erwartungen so pessimistisch sind, dass sie von keiner Seite her gewissermaßen leicht wieder ins andere, Positive gekippt werden können. Der Punkt ist: man darf nicht einfach nur die Vergangenheit weiter schreiben, sondern man müsste aktiv psychologische Signale setzen. Die EZB hat das das letzte Mal verpasst bei der Euroaufwertung. Da hätte man sagen können, jetzt haben wir eine Aufwertung, ein preisdämpfender Effekt existiert, die Nachfrage wird gedämpft, wir machen ein gegenteiliges Experiment und senken die Zinsen noch ein bisschen weiter, um die Nachfrage zu stimulieren. Man hat es nicht gemacht. Man sitzt die Dinge aus.

Meines Erachtens hängt das auch damit zusammen, dass in der EZB selbst viel zu viele Leute aus der Bankenwelt das Sagen haben. Die denken in den gleichen Kategorien der Bankeninteressen, in denen sie vorher gedacht haben. Und für Banken sind niedrige Zinsen anscheinend genau so schlecht, wie für die Ölfirmen niedrige Ölpreise. Da gibt es eine gewisse Denkharmoie. Der Herr Randa hat das einmal so gesagt: „Die Zeiten niedriger Zinsen sind schlechte Zeite für die Banken.“ Das hat er wortwörtlich so gesagt.

Der Einfluss dieses spezifischen Denkens ist viel zu groß, wenn er nicht von der Außenseite aufgebrochen wird. Ein heterodoxer Ökonom (Prof. Bofinger) wäre sogar von Schröder vorgeschlagen worden, zum Präsidenten der Deutschen Bundesbank gewählt zu werden. Aber das ist gescheitert am Veto des Herrn Eichel, der lieber weiter jedes Jahr sagt, „fünf Milliarden fehlen uns, wir müssen ein neues Sparpaket machen“ und „die Lage war noch nie so ernst“, um damit die Leute so richtig aufzumuntern.

Schneider

Ich würde mir wünschen, dass wir hier eine e-discussion haben, weil wir eine absolute hausse an Diskutanten hier zu verzeichnen haben.

Frage

Eine Frage, eine Anmerkung zu dem Vortrag vom Kollegen Walther. Du hast uns wunderschön vorgeführt die verschiedenen Formen von Staatsversagen und Marktversagen, hast es sehr stark auf die nationale Ebene beschränkt. Sozusagen, im Prinzip ist eine Wirtschaftspolitik in erster Linie der Versuch, irgendwelche Marktversagen wieder in eine Richtung zu lenken, um gesamtwirtschaftliche Produktivitätseffekte, Wachstumseffekte mit zu initiieren, wenn Märkte von der vollkommenen Konkurrenz abweichen, wenn es populistische, monopolistische Märkte gibt etc., in welcher Form da Staatseingriffe nötig sind oder möglich sind, und hast gleichzeitig auch wieder auf das Problem vom Staatsversagen hingewiesen. Ein nicht unwesentlicher Punkt, der in dieser Diskussion wahrscheinlich noch stärker mit herein gehört, ist der Versuch der Wirtschaftspolitik, immer die internationale oder die nationale Arbeitsteilung in irgendeiner Form zu steuern, dass also die gesamte Wirtschaft – Stichwort Globalisierung – sehr stark internationalisiert ist, und von daher die Wirtschaftspolitik von der nationalen Ebene sehr häufig auf eine supranationale Ebene – erstens EU und zweitens World Labor Organisation etc. – hoch verlagert worden ist. Das Problem von der nationalen Wirtschaftspolitik ist, dass sie mindestens nach allen vier Jahren in der Regel Rechenschaft vor dem Volk ablegen muss in Form von Wahlen, die es auf dieser supranationalen und internationalen Ebene nicht gibt – Stichwort Europäische Zentralbank. Aber darüber hinaus ist auch das EU Verfassungsreferendum, das negativ ausgefallen ist, was ja möglicherweise auch interpretiert werden kann als eine negative Abstimmung gegenüber den aktuellen „wirtschaftspolitischen Errungenschaften“ der Europäischen Union. Dieser Punkt muss noch stärker in die Diskussion gebracht werden, weil es internationale Kommissionen, Organisationen gibt, die Wirtschaftspolitik regulieren, aber die in keiner Weise rechenschaftspflichtig sind.

Frage

Ist es nicht so, dass die europäische Linke diese ganze neoliberale Entwicklung überhaupt verschlafen hat? Es kommt mir vor, wir grüdeln nur im kleinen Schrebergarten herum in Wirklichkeit, wie ein Kleingärtner, ohne das Große, Globale zu sehen, während die Wirtschaft sehr wohl in der europäischen realen Wirtschaft ist. Ich glaube, wir haben auch verabsäumt das nötige Bewusstsein zu schaffen. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass heute auch sozialdemokratische und linke Politiker sehr wohl bereits Ideen des Neoliberalismus aufnehmen.. Die große Gefahr, die ich überhaupt sehe, wenn die Linke versagt – es ging ja nicht nur um die EU Abstimmung - , wir sehen ja bereits in anderen Teilen der Welt, dass sich dann religiöse Gruppierungen bilden, die gegen diesen Kapitalismus auftreten. Ich glaube, das wird noch böser werden, als die derzeitige Situation schon ist. Mich würde interessieren, wie Sie die Entwicklung wirklich hier sehen, in der wir uns befinden. Für mich momentan ist sie eher sehr, sehr negativ.

Frage

Glözl. Ich wollte konkret eingehen auf die Frage, was kann man politisch tun? Was ist die Kernaufgabe der Politik? Wenn eine Gesellschaft Wohlstand schaffen will, dann hat sie zwei Probleme zu lösen, das Produktionsproblem und das Verteilungsproblem. Wenn eine Gesellschaft das Produktionsproblem löst, genügend Güter produziert, entsteht eine Hochkultur. Wenn eine Hochkultur das Verteilungsproblem nicht löst, dann zerbricht die Hochkultur. Wir haben das Produktionsproblem gelöst und sind am besten Weg, das Verteilungsproblem nicht zu lösen. Unsere Gesellschaft droht am Verteilungsproblem zu scheitern. Warum ist das Verteilungsproblem so schwierig? Es ist vereinfacht ausgedrückt natürlicher Prozess, wo Tauben sind, fliegen Tauben zu. Diejenigen, bei denen sich die Tauben ansammeln, können diese Vielzahl von Tauben nicht verkonsumieren – mehr wie

zwei Schnitzel am Tag geht nicht -, sie werden sie aber auch nicht verinvestieren, weil die breite Masse, denen die Tauben davon geflogen sind, nicht mehr nach Produkten nachfragen können. Und an diesem Dilemma scheitert eine Volkswirtschaft, je älter sie wird. Wenn man sich nicht dessen bewusst ist, dass es nicht unanständig ist, ein Verteilungsproblem anzugehen, dass es nicht leistungshemmend ist, wenn das Verteilungsproblem bewusst angegangen wird, wenn wir das nicht klar vor uns sehen, zur politischen Aufgabe des nächsten Jahrhunderts machen, nämlich diese bewusste systemnotwendige Verteilung anzugehen, dann wird unsere Kultur vor ähnlichen Problemen stehen und unter gehen, wie viele Jahrhunderte vor uns viele Kulturen auch unter gegangen sind.

Schneider

Jetzt bekommen wir dann langsam ein Problem, nachdem wir gerade gehört haben, dass das Kippen der Erwartungen in die Depressivität eine wirtschaftlich äußerst unerwünschte Entwicklung ist. Aber wir haben ja auch ein paar Ideen, wie man das Verteilungsproblem lösen könnte.

Frage

Ich bin einer der ältesten neuen Selbstständigen. Sehr gut gefallen hat mir der Hinweis auf die Historie, wie schnell in Vergessenheit gerät, was Krisenentwicklungen der Menschheit bewirkt haben. 1873 die erste Börsenkrise im Gefolge des Booms bei den Ringstraßenbauten. Interessanter kulturhistorischer Unterschied zu heute ist, dass sich damals die verarmten Adeligen wie die Dienstmädchen verspekuliert haben. Die Adeligen haben sich erschossen, die Dienstmädchen sind in die Donau gegangen. Heute spekuliert man und gewinnt durch die Krise. Ich vereinfache das jetzt. Es ist tatsächlich später im Jahre 1929 die nächste schwere Krise international, ausgelöst durch die Radioaktien, also ähnlich wie die Internetgeschichte später. Also wenn man jetzt die Jahre 1929 bis 1945 als eine einzige Krisenzeit her nimmt, ab 1945 wieder 60 Jahre, 1999 hatten wir die Internetblase. Es dauert immer drei Generationen, also 20 Jahre, bis solche Krisen mehr oder weniger abgeklungen sind. Ich kann das nur bestätigen. Meine Mutter hat immer gesagt, kauf ja keine Aktien. Nur sagen sie das heute einmal einem jungen Menschen. Der sagt, du bist von vorgestern. Worum es in der Zukunft gehen sollte? Ich glaube, es ist so, dass Kurzfristoptimierer in einem regellosen System immer gegenüber einem Langfristoptimierer gewinnt, so lange kein Regelwerk da ist. Wir sind derzeit globalwirtschaftlich gesehen in einem regellosen Zustand, wo zuerst der Schnelle den Langsamen frisst und dann der Große den Schnellen. Das heißt, Größe ist alles, alles andere wird mehr oder weniger geschluckt. Daher sind wir auch schon in eine Art neo-feudale Gesellschaft geraten, wo Konzerne bestimmen, was passiert mit den Politikern. Politiker braucht man bestenfalls noch als Prügelknaben. Solche regellosen Systeme, wo immer nur die Fressgesellschaft – der Stärkere frisst den Schwächeren – gegeben ist, enden immer durch Katastrophen. Das kann man in allem möglichen nach vollziehen. Um so was einzubremsen, müsste die Einsicht in ein Regelwerk da sein, das z.B. so ausschauen könnte, dass man Nachhaltigkeit oder langfristige Betrachtungsweisen einführt, indem man die Gehälter von Managern ratenweise auszahlt, d.h. in 20 Jahre 30% usw.

Schneider

Welch freundlicher Vorschlag. Sie haben nichts gegen die Höhe, nur gegen den Auszahlungsmodus.

Frage

Wir haben eine hervorragende Analyse gehört. Wie schafft man es, solche Ideen, solche Prinzipien medial umzusetzen? Wie schafft man die strategische Konzeptentwicklung, jene Entscheidungskriterien zu bringen? Oder sind die Chicago boys noch immer Welt weit

unterwegs? Ist immer noch ihr damals geprägter Modernismus und das quantitative Zielsetzen vorrangig? ..., dass viele Prinzipien doch erkannt werden. Gruppierungen, dieser Kreis ist vermutlich auch mehrheitlich einer solchen Zielsetzung zuzuordnen. Die Frage, was geschieht? Da scheint mir das eher müßig, dass Sie sagen, wir können zwar den Mond anbellern, aber er wird sich nicht rühren. Und so lange die mediale Macht und die konzentrierte Kapitalmacht so zentriert ist, sehe ich die Chancen eher ein bisschen skeptisch. Daher frage ich, ob nicht noch eine Chance einer kleinen Renaissance bestünde? Ein bisschen ist es ja angeklungen, gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, das was wir selber als mixed economy versucht haben zu zelebrieren. Also so ganz neu wird die Frage des Durchsetzens, wie setzen solche Konzepte sich selber durch? Und wie kann dann eine Bewegung, ein Aufbruch erzielt werden? Es ist ja sowieso eine gewisse autonome Entwicklung oder eine Gesetzmäßigkeit da. Daher also, woher können wir einen Impetus schaffen?

Schneider

Danke für die Skepsis mit einem Schuss Hoffnung.

Frage

Danke für die Ausführungen, die ungeheuer interessant waren, und auch für eine gewisse intellektuelle Hoffnung, wie der Zustand, dass die neoliberalen Prinzipien, Dogmen unwidersprochen seit Jahren vertreten werden, ohne dass es einen intellektuellen Diskurs gibt, ist eigentlich unerträglich. Ich sehe in diesem Wiener Wirtschaftskreis einen sehr hoffnungsvollen Beginn, dass diese Theorie der Margaret Thatcher, die ja gesagt hat, TINA „there is no alternative“, dass man das vielleicht doch entkräften kann. Ich verstehe schon, dass die Wirtschaftswissenschaften nicht ein politisches Programm, ein wirtschaftspolitisches, ein sozialpolitisches Programm entwerfen können, dass tel quel von einer Regierung übernommen werden kann. Aber die Ansätze zu neuen Theorien werden von ihr entwickelt. Glauben Sie, dass ein anderer österreichischer Finanzminister, eine andere österreichische Bundesregierung in der Lage ist, in der gegenwärtigen Situation der Europäischen Union, eines gemeinsamen Marktes, des Euro und natürlich der Globalisierung überhaupt echte Alternativen hat, national noch zu steuern? Ist das nicht längst eigentlich Schnee von gestern, wo die Möglichkeiten wahnsinnig begrenzt sind.

Walther

In meiner Einführungsvorlesung sage ich immer den Studenten, wenn jemand sagt, es gibt keine Alternative, dann hat er etwas zu verbergen.

Zum Demokratiedefizit. Ich habe mir vor einiger Zeit über diese europäische Entwicklung den Kopf zerbrochen, und auch darüber was geschrieben, und für einmal eine richtige Prognose gemacht. Die Arbeit ist vor drei Monaten erschienen. Ich habe prognostiziert, dass der Verfassungsprozess scheitern wird, weil die Unzufriedenheit der Leute eben zu groß ist. Ich habe auch versucht mir zu überlegen, ob man die Schweiz vielleicht als Vorbild für dieses neue Europa im kleineren Maßstab, für dieses engere Europa, für diesen Integrationskern heranziehen kann. Die Schweiz ist ein sehr erfolgreiches Modell. Die Schweiz hat einen extremen Föderalismus. Sie hat einen inneren Steuerwettbewerb. Sie hat keinen Stabilitäts- und Wachstumspakt, obwohl die Verschuldung zwischen den Kantonen sehr unterschiedlich ist. Sie hat den Vorteil, dass sie klein ist, und kann daher manche Politiken machen, die ein großes Europa nicht machen könnte. Aber sie hat ein ganz wesentliches Element, das ähnlich ist wie in der EU. Sie hat ein Konkordanzsystem, wo die politische Macht der einzelnen Gruppen sehr beschränkt ist.

Aber sie hat ein sehr wichtiges Korrektiv demokratischer Art, die direkte Demokratie.

Ich glaube, das, was jetzt bei den Abstimmungen passiert ist, zeigt, dass das auf der europäischen Ebene bis zu einem gewissen Grad ein notwendiges Element ist, um den Regierungen aufzuzeigen, einfach nur mit „more of the same“, „es ist noch immer nicht genug“, kann es auf Dauer nicht funktionieren.

Mich erinnert das zum Teil schon an den Endzustand des realen Sozialismus, als immer wieder betont wurde, alle Probleme sind darauf zurück zu führen, dass die sozialistischen Prinzipien noch nicht richtig umgesetzt sind. Das war die Standardantwort der Ideologen. Und die Ideologen haben immer Recht. Sie sind immunisiert gegen die Wirklichkeit und eigentlich nur durch die Demokratie widerlegbar, indem Leute ihre Präferenzen äußern und klar sagen, wir wollen etwas anderes haben als das, was da geliefert wird.

Nur ein Problem ist natürlich gegeben. Das ist, dass wir tatsächlich in einer Welt leben, in der die Mobilität viel größer geworden ist, die Kapitalmobilität, die Personenmobilität. Das bedeutet z.B. folgendes: Nehmen Sie einen Wohlfahrtsstaat, der in nationalen Grenzen aufgebaut wurde, eine hohe Einkommensbesteuerung hat, auch hohe Grenzsteuersätze hat, und daneben ein Land, das eine ganz andere Politik macht. Es besteht natürlich die Gefahr, dass die, die viel verdienen, also die „Reichen“, auswandern und die „Armen“ zuwandern. Es gibt ein adverses Selektionsproblem in so einer Situation. Die Verteilungsspielräume werden durch Mobilität natürlich enger. Denn es gibt ein öffentliches Gut „gerechte Verteilung“. Da haben die Europäer andere Vorstellungen als die Amerikaner. Es ist falsch zu glauben, dass man in diesem Europa mit Mobilität einfach autonom sich den Verteilungszustand auf Dauer aussuchen kann, den man haben will. Da gibt es vielfältige Anpassungen, die laufend stattfinden, und es besteht die Gefahr, dass das marginale System den anderen die Spielregeln diktiert. Daher brauchen wir bestimmte Harmonisierungen.

Ein Beispiel: Ich habe mir vor kurzem folgenden Fall angeschaut: Schweden bekommt ein Verfahren vor dem EuGH, weil es ausländische Pensionsfonds diskriminiert. Der Grund ist der, dass ausländische Pensionsfonds, die anderswo domiziliert sind, die Möglichkeit bieten, dass die Erträge steuerfrei ausgeschüttet werden, wenn der betreffende Topmanager dann z.B. nach Mallorca zieht, die Pension kriegt er dann steuerfrei. Aber die Schweden fördern die Pensionseinzahlungen mit hohen impliziten Fördersätzen, weil die Beiträge steuerlich abzugsfähig sind. Die EU behauptet, die Bevorzugung schwedische Fonds ist eine Verletzung des Gemeinschaftsvertrages. Die Schweden haben darauf hin gewiesen, ja aber wir haben ein Problem mit dem Informationsaustausch, wie kommen wir dann an die Steuern? Die Kommission meint, das ist ein bilaterales Problem zwischen den Ländern, das interessiert uns nicht. Wir wollen, ist in einer Presseaussendung wörtlich gestanden, „nicht Gefangene des politischen Prozesses werden“.

Daher schleppen wir die Schweden vor den EuGH.

Das ist ein ganz winziges Mosaiksteinchen, wie die Maschine läuft, die hier in Gang gesetzt wurde. Das zeigt, wie sukzessive die Steuerbasis der Länder, die ein anderes Modell haben wollen, durch diese Mobilitätsmöglichkeiten eingeschränkt wird.

Auch Österreich ist davon betroffen. Auf der Tagung der Steuer- und Finanzberater in Alpbach, wo ich irrtümlich von der Industriellenvereinigung eingeladen wurde zu referieren – das war eine große Freude, denen etwas zu erzählen, was sie nicht erwartet haben - war natürlich die große Mehrheit der Leute für eine Steuersenkung. Als ich gefragt habe, wer ist für Steuersenkung, haben alle aufgezeigt. Dann habe ich gefragt, und wer von ihnen hat noch

keine Negativsteuer, keinen einzigen dieser Unzahl von Transfers, die ich vorher aufgezählt hatte, bekommen, da hat ein einziger aufgezeigt. Die Negativsteuern werden immer vergessen bei der hohen Steuerquote. Österreich hat ja auch sehr hohe Negativsteuern, Transferzahlungen, die man berücksichtigen müsste. Die echte Steuerquote liegt bei 14%.

Aber kann sich ein Land so eine Umverteilung auf Dauer leisten, wenn laufend (von eben diesen gutbezahlten Alpbacher Steuer- und Finanzberatern) immer raffiniertere Modelle ausgeheckt werden zum Zwecke der Steuervermeidung?

Dazu gehört, dass Leute, die gut verdienen, sich in Pressburg einen formalen Wohnsitz zulegen, und dann dort ihre 20% Steuer zahlen, aber natürlich eine private Zusatzversicherung damit kombinieren, mit der sie zumindest ins AKH fahren können, wenn sie krank sind, wo sie verschiedene andere Vorteile ausnützen, die das österreichische System bietet. Mobilität von Betrieben und Personen schafft Probleme, die wir alle aus der Finanzwissenschaft kennen: die Probleme von lokalen öffentlichen Gütern. Die Theorie sagt uns, da gibt es dann eine Unterversorgung von einem lokalen öffentlichen Gut namens „gerechter Verteilung“, und das System mit den marginalen Präferenzen setzt sich durch.

Also das britische zum Beispiel, das nur 5% des BIP für die Alterspensionen aufwendet, das für die überwiegende Mehrheit der Briten miserable Pensionen unter der Armutsgrenze zahlt und ein hohes Maß an Einkommensungleichheit im Alter toleriert.

Soweit es ein privates Zusatzpensionssystem gibt, hat es dort unzählige Skandale in den letzten Jahren gegeben, mit Zusammenbrüchen von Pensionsfonds etc.. Diese Themen werden nicht thematisiert. Sie kommen nicht in unsere Medien. Stattdessen schalten Versicherungen ihre geschönten Versprechungen ein.

Und da bin ich bei einem Punkt, der sehr wichtig ist. Es gibt in der Zwischenzeit auch ein ökonomisch motiviertes Zusammenspiel der Medien mit diesen spezifischen Interessen. Nehmen Sie z.B. den ganzen Liberalisierungskomplex. Wer profitiert als erster von der Liberalisierung, Deregulierung des Strommarktes, lange vor den Konsumenten? Die Medien, weil die Werbebudgets aufgestockt werden. Die müssen ja alle inserieren und werben. Daher ist das eine wunderbare Sache, wir, die Medien, verdienen ja daran.

Wieso soll man da irgendwelche kritische Artikel bringen, die vielleicht darauf hinweisen, dass wir in Europa mit Sicherheit, wenn die Strommarktliberalisierung wirklich greift, in 10 oder 15 Jahren (vielleicht schon früher) auch einen „Blackout“ haben werden, weil die Elektrizitätsgesellschaften natürlich an ihren Reservekapazitäten zunächst einmal sparen und nicht an den anderen Kosten. Da sind die, die das Liberalisierungsspiel organisiert haben, schon längst wieder weg. Außerdem: die Argumente passen nicht zum herrschenden Liberalisierungsoptimismus. Man hört immer nur das, was man gerne hören möchte, und nicht das, was man vielleicht hören sollte.

Zum Punkt: Hat die Sozialdemokratie die neoliberale Entwicklung verschlafen?

Ich glaube, die Sozialdemokratie hat sich eine Zeit lang gefühlt wie der Dompteur, der den kapitalistischen Tiger endlich dressiert hat. Der Dompteur hat ihm ein paar Kunststücke beigebracht, damals zur Zeit des Eisernen Vorhangs, der Tiger hat sich sogar streicheln lassen, wunderbar, und irgendwann einmal hat man vergessen, dass der Kapitalismus ein Tiger bleibt. Das ist das Problem der Sozialdemokratie gewesen. In der Zeit dieses wunderbaren sozialpartnerschaftlichen Funktionierens und der Wachstumseuphorie hat man

das einfach vergessen. Das ist eine lässliche Sünde. Ich habe auch nicht geglaubt, dass es so kommt, wie es gekommen ist, dass wir wieder über Massenarbeitslosigkeit diskutieren müssen. Ich habe auch noch meinen Studenten erzählt, dass wir dieses Problem des Kapitalismus im Griff haben, dass man weiß, wie man damit umgeht.

Das Verteilungsproblem ist sehr wichtig und zentral für jede Gesellschaft. Ich habe ein paar Andeutungen gemacht, zum Beispiel: der Sozialstaat ist produktiv, indem er uns viele Kosten sparen hilft im Gesundheitswesen, zum Teil auf sehr indirekte Art und Weise. Aber der Sozialstaat ist auch deshalb produktiv, weil er die Verlierer des Wandels zumindest teilweise kompensiert. Daher verhindert er erstens gewaltsame Konflikte, die entstehen, wenn die Verlierer sehr schlecht gestellt werden, und zweitens verhindert er auch Blockaden des Wandels. Die Leute wehren sich natürlich um so heftiger, je mehr sie zu verlieren haben.

Interessanterweise habe ich vor kurzem in der Neuen Zürcher Zeitung eine Notiz gefunden, wo einer berichtet hat, in Schweden gibt es eine aufblühende Musikbranche. Der Exportwert der Musik, die die Schweden exportieren, liegt schon bei 3% des gesamten Exportvolumens. Die machen Platten für die ganze Welt, haben viele Gruppen, die erfolgreiche Musik produzieren. Warum ist das der Fall, fragt dieser Neue Zürcher Korrespondent: Einer der Gründe ist der, dass es eine sehr gute Einkommensabsicherung gibt, wenn man keine Arbeit hat, und das ist leider in diesem risikoreichen Geschäft relativ häufig der Fall. Daher riskieren die Leute mehr, sind mehr bereit, in neue Dinge zu gehen. Man hat auch eine sehr gute Ausbildung auf dem musikalischen Gebiet, und daher probieren sie auch mehr aus. Das heißt, ein guter Sozialstaat sorgt auch dafür, dass unternehmerische Ideen weniger folgenschwer für den Einzelnen ausprobiert werden können. Das ist ein weiterer Punkt der Produktivität dieses Systems.

Zur geschichtlichen Bemerkung. Vor einiger Zeit habe ich eine Diskussion gesehen. Da hat einer gesagt, wir wissen ja alle schon längst, was die Ursache der Arbeitslosigkeit ist, es ist der ausufernde Sozialstaat. Der Sozialstaat ist schuld an der Arbeitslosigkeit. Irgendein Unternehmer war das, im Fernsehen. Dann habe ich daran gedacht, dieser Herr sollte das Buch vom Herrn Burnett lesen: "The History of Unemployment 1776 bis 1996" in England. (Burnett ist ein pensionierter Professor der Universität Cambridge.)

Das ist ein sehr trauriges Buch, weil es eine ewige Geschichte der Arbeitslosigkeit in erschütternden Details schildert. Auch im 19. Jahrhundert gab es massive Arbeitslosigkeit, und die Leute hatten keine Arbeitslosenunterstützung, es gab keinen Kündigungsschutz, keine Mindestlöhne. Man hat versucht, über Lohnsenkungen aus den Krisen heraus zu kommen. Das Ganze ist nur noch schlimmer geworden. Man hatte ja den furchtbaren Goldstandard vergleichbar dem Euro, nur in einem noch heterogeneren Wirtschaftsraum. Daher gab es wenig Möglichkeiten für die nationalen Regierungen flexibel zu reagieren, ganz zu schweigen davon, dass der Staatssektor sehr klein und die herrschende Ideologie dagegen war, mit der Folge entsprechend verheerender Finanz- und Wirtschaftskrisen.

Diese Lektionen der Geschichte hat man irgendwie vergessen.

Man hat sie verdrängt.

Man glaubt, man kann mit einigen kleinen Rädchen, die man irgendwo nachjustiert, die Probleme lösen. Zum Beispiel predigt Herr Hans Georg Sinn seit langem, dass die Lohnstruktur verzerrt ist in Deutschland, dass die niedrig Qualifizierten zu viel verdienen und dass daher die Löhne dieser Gruppe gesenkt gehören, relativ zu den Löhnen der Professoren

(wahrscheinlich), und dass, wenn er, der Herr Sinn, sich mehr Handwerker leisten könnte und mehr Dienstleistungen, die Beschäftigung steigt.

Möglicherweise gibt es ein Problem der Lohnstruktur in bestimmten Bereichen. Ich möchte das gar nicht leugnen. Aber der Punkt ist der, man kommt da viel leichter heraus durch eine wachstumsorientierte Nachfragestrategie, durch eine leichte Inflation, die die realen Differenzen ein bisschen ändert, als durch eine kontraktive Politik oder gar dadurch, dass man jetzt mitten in der Krise den Leuten die Löhne kürzt. Wenn man jetzt die Löhne im unteren Bereich kürzt, dann sinken ja auch die Sozialbeiträge. Es müssen auch die Sozialausgaben gekürzt werden, weil weniger Einnahmen zur Verfügung stehen. Es verschlechtert sich die Stimmung, die ohnehin schon am Boden ist, noch weiter. Und daher hat schon – vorbeugend – auch Herr Koch, der Ministerpräsident von Hessen, vor einiger Zeit gesagt, die Deutschen müssen sich auf ein Tal der Tränen vorbereiten, wenn die CDU an die Macht kommt, sinngemäß. Die Folgen dieser Politik werden auch von jenen antizipiert, die sie vertreten! Da es ein Wesenszug deutschen Charakters ist, masochistisch zu sein, nehme ich an, dass die CDU trotzdem gewählt wird. Aber das nur am Rande.

Schneider

Die Frage, wie alternative, intellektuelle Modelle in die Medien kommen können.

Walther

Das ist sehr schwierig, weil der Widerstand einfach da ist, alles, was anders, gegen den Zeitgeist ist, abzuwehren. Die Schuld liegt aber nicht nur an den Medien. Leider ist es ja auch wirklich oft so - was vielfach zurecht bemängelt wird: wir sind zwar nicht schlecht in der kritischen Analyse, aber nicht besonders gut in der Entwicklung von alternativen Vorschlägen.

Wobei ich dazu sagen muss, auch in der Steuerpolitik könnte man einiges machen, um vor allem die niedrig qualifizierte Arbeit zu entlasten und dafür die Steuern anders einzuheben. Z.B. gibt es in der Schweiz eine Eigenmietbesteuerung, wo die effektive Eigenmiete als Einkommen zu versteuern wird, aber dafür kann man alle Aufwendungen steuerlich absetzen - was die Schattenwirtschaft reduzieren würde und was die Schwarzarbeit reduzieren würde. Man könnte sich auch andere Modelle vorstellen, umweltökologische Orientierung usw. Es gibt ja viele alternative Konzepte, die herum schwirren. Aber es gibt kein kohärentes, einfaches Lösungskonzept. Auch die Keynesianische Lösungsstrategie für Europa ist zwar ein wichtiger Ansatz, dass man sagt, wir müssen auf europäischer Ebene wieder zukunftsorientierte Investitionsprojekte in Gang setzen.

Die Vorstellung, dass Sparen etwas unbedingt Gutes ist, ist gerade deshalb so tief verankert in der Bevölkerung, weil sie immer Sparsamkeit mit Effizienz verwechseln. Aber wer spart, sagt eigentlich nur, dass er eigentlich nicht genügend Fantasie hat, das Geld vernünftig einzusetzen oder vernünftig zu verwenden. Irgendeiner muss kommen und das Geld in die Hand nehmen und was Vernünftiges damit machen, damit Wachstum entsteht. Das ist der zentrale Punkt, an dem es im Augenblick **auch** krankt.

Es fehlt an den großen Visionen für die Infrastrukturaufgaben dieses Jahrhunderts. Der Straßenbau ist aus vielen Gründen nicht mehr besonders populär, da kann und soll man nicht sehr viel hinein stecken, aus guten Gründen. Bauwirtschaft usw., auch da gibt es gewisse Sättigungstendenzen und natürliche Grenzen des Wachstums in den entwickelten Ländern. Das wirklich Schwierige ist – das war ja in der Nachkriegszeit nicht so der Fall -, wirklich sinnvolle Investitionsprojekte zu identifizieren. Das ist das Allerschwierigste. Da ist man

intellektuell ein bisschen defizitär, auch auf der linken Seite. Einfach nur den Politikern zu sagen, ihr sollt die Lösung für die Probleme finden, die wir aufzeigen, ist allzu wenig, wenn nicht ganz konkrete Vorschläge kommen – das Wifo hat in seiner Wachstumsstrategie ja einige Impulse gesetzt. Aber das ist ja auch nur ein kleiner Anstoß mit marginalen Wirkungen in einem kleinen Land.

Frage

Ich bin sehr froh, dass eine derartige Veranstaltung stattfindet, dass Wirtschaftstheoretiker der Politik Argumente liefern können. Nur was ich jetzt gehört habe, Sie vertrauen weiterhin auf das Wirtschaftswachstum. Aber dann kommt die ökologische Frage rein. Kann es ewig Wachstum geben?

Frage

Wo sehen Sie heute das Vehikel, das uns so viel Arbeitsplätze kostet? Ich sehe es in der WTO und in der dort gemachten Politik der Deregulierung, der massiven Konkurrenz und zwar der unfairen Konkurrenz. Denn wir werden durch die WTO gezwungen, uns mit Produktionen auseinander zu setzen, denen wir nichts Gleichwertiges entgegen setzen können, nämlich von der Kostenseite her. Das versetzt die multinationalen Konzerne in die Lage, die nationalen Regierungen zu erpressen. Es führt letzten Endes kein Weg an der WTO vorbei, sich mit ihr auseinander zu setzen und vielleicht einmal die nationalen Politiken zu hinterfragen – weil immer gefragt wird, wo soll man ansetzen. Sicher muss man einmal bei der nationalen Politik ansetzen, weil die bestimmt ja über die WTO Politik mit. Übrigens ist darüber nie irgendeine Volksabstimmung gemacht worden, weil über die EU sind wir wenigstens gefragt worden vor 11 Jahren. Bei der WTO war das klammheimlich. Irgendwann einmal hat sich das eingeschlichen. Es ist letzten Endes eine Nachfolgeorganisation vom GATT, und vor zehn Jahren haben wir diese Mitgliedschaft auf einmal gehabt. Nur diese Politik, die dort betrieben wird, wird nirgendwo diskutiert außer in kleinen Kreisen. Aber wenn ich Fernsehdiskussionen verfolge, ob das deutsche, österreichische, französische sind, ist es eigentlich immer eine nationale Nabelschau gewesen, die präsentiert worden ist. Man hat sich nur mit den nationalen Auswirkungen beschäftigt, aber nicht mit den internationalen Ursachen. Da führt meines Erachtens kein Weg daran vorbei, dass man endlich mal begreift, dass man diesen unfairen Wettbewerb von Produktionsweisen beenden muss und aufhören muss, zu liberalisieren den Handel, transkontinentale Handelsbeziehungen pflegen zu Bedingungen. Die EU – Österreich allein kann da sicherlich gar nichts machen -, wäre sicherlich in der Lage, hier entsprechende Rücksichtnahmen auf Produktionsweisen zu führen. Es ist letztlich natürlich immer eine scheinheilige Politik. Wir haben sehr wohl mit gutem Grund hohe Umweltstandards, arbeitsrechtliche Standards usw. Nur das, was herein gelassen wird, da wird überhaupt nicht nachgeschaut, unter welchen Produktionsbedingungen das hergestellt worden ist. Und das wird dann um einen Euro bei uns in Österreich verkauft, was von chinesischen Sklaven letzten Endes produziert worden ist.

Frage

Ich darf vielleicht auch dem Auditorium zeigen als Angehöriger des Wiener Wirtschaftskreises, dass wir auch einen internen Diskurs haben. Das Referat von Prof. Walther war eine geniale Zusammenfassung. Ich habe schon lange keine so gute über die letzten 25 Jahre gehört. Aber mir ist oft vorgekommen, es waren die letzten 25 Jahre –und es wären tolle Lösungen gewesen – für irgendeine Zeit vor 2000. Es ist irgendwie auch in der Diktion, und in den Konzepten, und in den Begriffen im nationalen, wohlfahrtsstaatlichen, keynesianischen Kreislauf. Aber der Herr hat ja Recht, die WTO macht das jetzt. Andere sagen, das ist der Tiger. Wer ist eigentlich der Tiger? Ich glaube, der Tiger ist der ROI, return on investment. Das ist auf deutsch, das Geld, Kapital in seiner Macht regiert die Welt und hat

nach dem Sieg über den Kommunismus die Schleusen geöffnet für die ganze Welt. Und wir buckeln da hinten nach. Das Geniale an dem französischen Diskurs, das zu einem Non geführt hat, war ja eigentlich, dass es gegen die Medien, die ja vom Kapital getrieben sind und die wichtigen Dinge ja kaum rein lassen, dass es fast drei Viertel der Bevölkerung erfasst hat und stattfinden hat können. Das ist das, was wir brauchen, wenn wir noch Demokratie leben wollen. Es sind da immer Wortmeldungen, wie soll man die Politik jetzt schnell ändern, und was können Sie mir sagen, dass sich das morgen ändert. Ich glaube, mit dem Ansatz können wir nicht arbeiten. Wir müssen froh sein, wenn wir diesen demokratischen Diskurs in immer weiteren Wellen führen können und eine Art Humus schaffen, dass überhaupt große Begriffe in einer Wahlpropaganda dann verwendet werden können. Kein Politiker traut sich Nachhaltigkeit zu verwenden, weil es die Medien zwanzig Jahre nicht durchgekaut haben, und daher gibt es keine Begrifflichkeit dafür, und dann werden irgendwelche plakativen Dinge durchgekaut, und dann wählen halt die Leute das kleinere Übel. Wie richtig gesagt wurde, das Produktionsproblem haben wir offenbar gelöst im 20. Jahrhundert, das Verteilungsproblem jetzt erst nach dem Amerikanismus erst Recht nicht. Aber wir haben ja noch das Naturhaushaltsproblem. Es ist ja kaum das Wort Ökologie hier gefallen. Wenn wir der Ideologie des 20. Jahrhunderts, Wirtschaftswachstum, Verteilungsprobleme lösen durch weiteres Wachstum, wenn der Kuchen größer ist, kriegt jeder ein bisschen mehr und dann fragt nicht, dass die anderen noch mehr kriegen. Das geht an den Nerv der Natur.

Frage

Das Verteilungsproblem ist ja schon angesprochen worden. Und ich orte in unserem System einen systemimmanenten Antimechanismus, der dazu führt, dass die Allgemeinheit den Reichen ununterbrochen etwas geben muss. Es ist ja nicht unbekannt, dass wir Staatsschulden angesammelt haben. Der Staat legt Anleihen auf und irgendwann muss er dafür Zinsen bezahlen. Die Zinsen sind eigentlich eine Sozialhilfe der Allgemeinheit an die reiche Bevölkerungsschicht. Die hat ja das Geld gehabt, sich diese Anleihen zu kaufen. Mit dieser Verschuldung kommen wir auch immer mehr in eine Falle, die sich permanent schließt. Wenn man einmal ehrlich ist und fragt, woher kommen jetzt diese Probleme mit dem Sozialstaat? Dann kommen sie genau dahin, dass der Staat mehr und mehr Geld für diese Zinsen ausgeben muss, und in Folge dessen weniger für die, die tatsächlich etwas brauchen würden. Da müssen wir uns was einfallen lassen.

Schneider

Ich würde gerne die Runde fertig machen. Jetzt haben wir neben der ökologischen Problematik auch noch die Geldproblematik am Tisch.

Frage

Wir vergleichen uns immer gerne mit anderen Weltregionen, was im Prinzip ja sehr gut ist. Man kann aus anderen Weltregionen auch was lernen genau so, wie sie von uns lernen können. Da wird als Indikator immer genommen, wenn man den Wohlstand einer Gesellschaft nimmt, die Produktivität pro Beschäftigtem. Diese Produktivität pro Beschäftigtem setzt sich zusammen nach der Gesamterwerbsbevölkerung, Produktivität pro Jahr, Produktivität pro Stunde, und nach dieser Gleichung hoch gerechnet, wie die Produktivität pro Beschäftigtem ist. Im Vergleich zu den USA sieht man, die Europäer liegen um 30% hinter den USA. Das Problem bei dieser Berechnung ist, dass Faktoren und zwar genau jene Faktoren, die Sie in Ihrer Präsentation berechnet haben, nämlich Stellung von öffentlichen Dienstleistungen, überhaupt nicht berücksichtigt wird. Das ist ein Riesenproblem, weil so machen wir uns schlechter als wir sind. Die Frage an den Ökonomen: Wenn wir eine Vergleichsbasis machen wollen – ich halte das nach wie vor für wichtig – EU – USA, welchen anderen Faktor würden Sie da empfehlen?

Frage

Wir müssen uns leider damit abfinden, dass die Konzerne schon längst die Politik überholt haben. Mir fehlt die theoretische politische Antwort. Ich habe die EU gewählt in der Überzeugung, wir könnten ein Gegengewicht bilden für 400 Millionen Menschen gegen die amerikanische Ausformung der Ideologie, dass wir die damals noch gültigen europäischen Standards im sozialen Denken, in der Nachhaltigkeit durchsetzen können. Statt dessen macht die EU Politik exakt das Gegenteil. Sie äffen etwas nach, was wir eigentlich nicht unterstützt haben. Die Frage WTO, der Spaß mit Privatisierung, Entwicklungshilfe usw. Und dass die Weltbank sich jeder demokratischen Kontrolle entzieht, wo der Amerikaner überdimensionales Gewicht hat usw. Dass auch hier diese Mächte entscheidend beitragen, dass die Ideologie, die Sie angegriffen haben, sich durchsetzt. Auch bei uns fehlt das Bewusstsein. Ich habe mit Entsetzen eine Diskussion gehört, wo die Moderatorin anlässlich des AUA Streiks dem Betriebsrat vorgehalten hat rücksichtslos zu sein, und den Einwand des Betriebsrates, dass die Direktoren im selben Jahr 1 Million Euro Prämie erhalten, wo alles kriselt, einfach nicht zur Kenntnis nahm. Sie hat sich nicht entblödet, drei Mal nicht einzugehen auf dieses Argument, sondern immer wieder nur zu sagen, die Gewerkschaft ist Schuld. Aber die Millionen der Direktoren sind nicht einmal angeschnitten worden. So geht es in vielen Diskussion zu.

Frage

Ich glaube, dass vieles, das hier diskutiert wurde, Arbeitslosigkeit, steigende working poor, Marginalisation und ähnliche Probleme sehr wichtig sind. Vor allem die Abstimmung in Frankreich war nicht eine über eine europäische Verfassung, es war nicht über den Europavertrag, es war ein Referendum, das heißt man hat über die Regierungspolitik abgestimmt und über das Fehlen einer konsequenten Regierungspolitik. Aber ich glaube, in dieser Diskussion darf sich die Wissenschaft nicht aus der Verantwortung stehlen, und wir müssten mehr, als das bisher aufgekomen ist, die verschiedenen Alternativen heraus arbeiten. Wir haben das Flexibilitätsmodell und die Arbeitslosenunterstützungssenkung, das ist nicht ein regionales Konzept. Das kann meiner Überzeugung nach nicht viel bringen. Das Verteilungsproblem verlangt eine große Regierungsverantwortung und eine Regierungsstärke. Haben wir die? Aber es gibt andere Möglichkeiten, vielleicht um in die Zukunft zu schauen. Und die sind mir hier zu kurz gekommen. Eine Politik, die nur mit Schlagwörtern redet. Wie können wir die Produktivität steigern? Das Problem ist, nicht nach hinten zu schauen. Das Problem ist die Frage der Technologie, der Ausbildung. Hier müsste man ansetzen, um ein langfristigeres Konzept stärker durchzubringen.

Walther

Zuallerletzt - vielleicht entschuldigend - wollte ich auf mein Thema hinweisen. Ich konnte nicht alle Problematiken hier behandeln. Es gibt einen Punkt: Können wir uns den Umweltschutz leisten? Mein Argument war nicht, dass wir ihn uns nicht leisten können. Natürlich könnten wir uns viel mehr Umweltschutz leisten. Ich bin da als Nichtautofahrer für viele Maßnahmen, die die hoch subventionierte Mobilität in allen Verkehrssystemen etwas eindämmen, die Folgen der hoch subventionierten Mobilität z.B. sind an Zersiedlung, an den Raumstrukturen, an den unglaublichen Folgekosten zu erkennen.

Mein Problem war, wenn wir Arbeitslosigkeit haben, gewinnen wir für solche Politiken keine politische Unterstützung. Denn dann sind die am längeren Hebel, die mit dem Druckmittel der Arbeitslosigkeit ihre Politik durchpeitschen, und das ist eine Senkung von Arbeitsstandards, eine Senkung von Umweltstandards usw. Daher ist die Arbeitslosigkeit der politische Knackpunkt der ganzen Geschichte.

Der zweite Punkt, der angeschnitten wurde, die Statistik. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Das ist mir auch in den letzten Jahren erst so richtig gedämmert, wie diese politischen Einflussnahmen auf die Statistik immer größer und größer werden, so dass wir es auch immer schwerer haben, ein einigermaßen solides Bild der Wirklichkeit zu gewinnen. Das war einer der Gründe, warum ich mich für die Lebenserwartungen interessiert habe. Weil die Daten über den Lebensstandard pro Kopf – GDP per capita usw – alle bereits massiv „gefälscht“ werden, würde ich fast sagen, in verschiedenen Formen.

Ich möchte ein Beispiel bringen. Es gab in den USA 1997 die so genannte Boskin Commission, die vorgeschlagen hat, dass man den Preisindex für die Messung der Inflation neu berechnet, indem man folgendes macht: Man rechnet viel stärker als bislang die Qualitätsverbesserungen der Produkte als realen Mengenzuwachs und nicht als Preissteigerung. Das heißt, wenn Sie ein Auto kaufen, das z.B. 23.000 Dollar kostet, und voriges Jahr hat es 20.000 Dollar gekostet, dann kann man fragen, was gibt es für technische Verbesserungen, Klimaanlage usw. Die werden dann heraus gerechnet. Und dann kommt heraus, das Auto kostet in Wahrheit nur 19.000 Dollar, und daher ist es billiger geworden. Das ist der „echte“ Preis, der dann in den Preisindex eingeht. Wenn man das sehr großzügig macht – die Amerikaner machen das sehr großzügig, die Europäer viel weniger, reduziert das die gemessene Inflation. Bei den Computerpreisen gibt es natürlich einen dramatischen Qualitätsfortschritt und daher auch entsprechend niedrigere Preise. Das heißt, die Amerikaner haben den Produktivitätsfortschritt in bestimmten Bereichen, vor allem auch bei Dienstleistungen - im Prinzip sind das, Gesundheitswesen, Bildungswesen etc. -, jetzt deutlich höher angesetzt als früher. Die USA hatten zweistellige Kostensteigerungsraten in den letzten Jahren bei den Gesundheitsausgaben. Aber durch den statistischen Produktivitätsfortschritt aufgrund der „Qualitätsverbesserung“, der notabene viel geringer gewesen sein muss als in Österreich, wenn man ihn nur an der Lebenserwartung misst, kommen die USA dazu, dass sie ein viel höheres reales Wachstum statistisch ausweisen. Umgekehrt bedeutet das auch, dass die Europäer, wenn sie die amerikanischen Standards anwenden würden, eine niedrigere Inflationsrate hätten. Würden wir die Inflationsrate nach amerikanischen Standards messen, wäre sie um fast 1% niedriger. Das heißt, die EZB wäre schon längst weit unter dem Ziel, das sie sich selbst gesteckt hat, nahe 2%.

Die Arbeitsproduktivität pro Stunde ist in Frankreich übrigens bereits höher als in den USA. In Deutschland ist sie gleich hoch wie in den USA. Der wesentliche Unterschied für die unterschiedlichen BIPs pro Kopf ist die Tatsache, dass die Europäer weniger Stunden arbeiten, dass sie mehr Freizeit haben.

Die Verschuldungsfrage habe ich mir auch schon gestellt. Nicht nur ein Privater kann sich in falscher Erwartung bestimmter Möglichkeiten zu sehr verschulden, sondern auch der Staat. Der Staat baut ja im Prinzip bei seinen Verschuldungsannahmen auch auf unsicheren Wachstumsannahmen auf – wie jeder Investor. Es kann sein, dass die Zinssätze lange Zeit falsch (zu hoch) gesetzt waren, aus welchen Gründen auch immer (zum Beispiel von den Zentralbanken), sodass man zu großzügige Zinsversprechungen abgegeben hat.

Der Staat kann sich aus so einem Dilemma, wenn er einmal drinnen steckt, nicht mehr so leicht herauswinden wie ein Privater. Der Private geht halt in den Konkurs, das Problem landet beim Gläubiger. Beim Staat ist das schwieriger. Aber der Staat könnte folgendes machen. Er könnte die Zinsen höher besteuern, weil er ja die Steuerhoheit auch über die Zinseinkommen hat. Nun, es wird einfach nicht diskutiert, dass eine europaweite Zinsenbesteuerung auch nur nach dem normalen Einkommenssteuertarif das

„Überschuldungsproblem“ lösen würde. Denn, wenn Sie den Steuersatz verdoppeln, kommt das einer radikalen Halbierung der Staatsverschuldung gleich.

Das ist eine Sache.

Die zweite Sache ist: Als z.B. die Pensionsdebatte begann, wurden die Pensionsversprechen, die über das Umlageverfahren der Bevölkerung gegeben wurden, plötzlich als implizite Staatsverschuldungen von manchen Ökonomen zur Schuld hinzugerechnet. Da gab es dann die Horrormeldungen, die Staatsschulden sind ja in Wahrheit noch viel höher, denn wir haben ja auch alle diese Pensionsversprechungen zu erfüllen, die müssen wir auch noch hinzu addieren. Besonders prononcierte Vertreter dieser Schule gab es in Deutschland.

Wie Sie gesehen haben, die Pensionen kann man problemlos kürzen, diese Art der „Staatsschulden“ wird man leicht los. Über die echten Staatsschulden diskutiert man nicht. Das ist ein natürlich ein politischer Bias. Warum? Man könnte ja genau so gut sagen, erhöhen wir die Zinsenbesteuerung, aber dafür machen wir bei den Pensionen weniger, wenn beides ohnehin in gleicher Weise als „Schuld“ zu sehen ist.

Schneider

Einige Lösungsvorschläge sind angeklungen, wenn es auch hauptsächlich Analyse war, teilweise Analyse, die sehr depressiv gehalten war. Kapitalertragssteuer war das letzte, was wir gehört haben. Diese Spirale nach unten stoppen, indem man keine kontraktierenden Maßnahmen setzt. Ein guter Sozialstaat, der für Unternehmertum und Produktivität sorgt. Die Lösung der Verteilungsprobleme als überlebensnotwendig erkennen statt als unanständig. Gemeinwirtschaftliche Zugänge. Und vor allem mehrfach angeklungen eine transparente und lebende Demokratie gegen den neuen Feudalismus und eine realistischere Politik der EZB. Das sind eine ganze Menge von Wegen, die man gehen kann. Packen wir es gemeinsam an. Für heute herzlichen Dank.